

**Fortschrittsbericht
über die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin
sowie die weitere Zusammenlegung von Behörden und Sonderbehörden**

I. Einführung

Dieser Bericht wurde - ebenso wie die vorhergehenden Berichte aus den Jahren 2006 bis 2009 - aufgrund der Bitte aus der gemeinsamen Sitzung des Abgeordnetenhaus-Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien und die Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg sowie des Hauptausschusses des Landtags Brandenburg vom 23.11.2005 gemeinsam durch beide Landesregierungen verfasst und wird den beiden Parlamenten zur Besprechung vorgelegt. Er bezieht sich weitestgehend auf den Zeitraum von November 2009 bis Oktober 2011 und schreibt die Berichte der Vorjahre fort.

Die Zusammenarbeit beider Länder und beider Landesregierungen, die sich am 16.11.2010 zu ihrer 11. gemeinsamen Sitzung trafen, ist - insbesondere im Vergleich zu der anderer benachbarter Bundesländer - weiterhin eng und konstruktiv. In vielen Bereichen verdichten sich die Beziehungen innerhalb der Hauptstadtregion und tragen damit zu ihrer positiven Entwicklung bei.

Allerdings ist festzustellen, dass die gemeinsame Perspektive von Berlin-Brandenburg in der öffentlichen Diskussion seit einiger Zeit weniger Aufmerksamkeit findet. Eine Zusammenführung beider Länder innerhalb der nächsten Jahre ist nicht zu erwarten. Gemeinsame Regelungsansätze und neue gemeinsame Projekte erfordern einen höheren Begründungsaufwand und sind schwerer zu realisieren. Dies gilt vor allem für die Fälle, in denen nur längerfristig mit einem Mehrwert engerer Kooperation zu rechnen ist.

Ungeachtet dieser Hemmnisse bieten die zunehmenden Verflechtungen und das gemeinsame Verständnis als Hauptstadtregion eine gute Grundlage für die Anstrengungen aller Beteiligten, die Potenziale der Region im nationalen und internationalen Wettbewerb effektiv zur Geltung zu bringen. Von besonderer Bedeutung für die Stärkung des Bewusstseins der gemeinsamen Identität sind dabei die Aktivitäten der gesellschaftlichen Initiativen und Organisationen, die in breitem Umfang über die Landesgrenzen hinweg tätig sind.

II. Wirtschaft

1. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Berlin und Brandenburg waren von den Auswirkungen der 2007/08 ausgebrochenen internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise schwächer betroffen als andere Bundesländer. Im Gegensatz zu Deutschland insgesamt bewegte sich die Hauptstadtregion im Jahr 2010 bereits wieder über dem Vorkrisenniveau.

Die Wirtschaftsstruktur hat sich in der Hauptstadtregion in den letzten Jahren nur leicht verändert. In beiden Ländern lag der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der nominalen Bruttowertschöpfung 2010 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 20,7% (Berlin: 11,5%,

Brandenburg 14,8%). Berlin weist dafür mit 81,4% einen wesentlich höheren Anteil in den Dienstleistungsbereichen auf (Brandenburg 72,1%, Deutschland 71,2%). 2010 konnten alle Sparten der Wirtschaft vom Aufschwung profitieren. Die Veränderungsrate der realen Bruttowertschöpfung war in der Hauptstadtregion 2010 im Baugewerbe im Vergleich zu Deutschland insgesamt überdurchschnittlich. Im Verarbeitenden Gewerbe fiel der Anstieg dagegen unterdurchschnittlich aus, wobei aber der bundesweit stärkere industrielle Einbruch im Jahr 2009 zu berücksichtigen ist.

Die Zahl der Erwerbstätigen ist in der Hauptstadtregion im Jahr 2011 zum sechsten Mal in Folge gestiegen. Bereits 2009 lag die Entwicklung der Erwerbstätigkeit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Mit einem Anstieg um 1,0 % teilten sich Berlin und Brandenburg 2010 deutschlandweit Platz 1. 2011 fiel der Anstieg der Erwerbstätigkeit in der Hauptstadtregion mit 1,0 % (Berlin + 1,3 %, Brandenburg + 0,5 %) allerdings geringer als im Bundesdurchschnitt (1,3 %) aus. Die Entwicklung der Arbeitslosenquote (2011 in der Hauptstadtregion insgesamt 12,1%, in Berlin 13,3% und im Land Brandenburg 10,7%) verlief weniger gleichförmig. Eine Ursache hierfür sind die länderübergreifenden Pendlerbewegungen. Zum Stichtag 30.06.2011 waren 73.456 Berlinerinnen und Berliner in Brandenburg und 182.978 Brandenburgerinnen und Brandenburger in Berlin sozialversicherungspflichtig tätig.

2. Zusammenarbeit im Bereich der Innovationspolitik

2.1 innoBB

Kernpunkt der Zusammenarbeit im Bereich der Innovationspolitik ist die Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB). Am 21.06.2011 haben der Berliner Senat und die Landesregierung Brandenburgs die Gemeinsame Innovationsstrategie innoBB beschlossen und zur verbindlichen Richtschnur des politischen Handelns in beiden Ländern gemacht. Die gemeinsame Strategie ersetzt die Kohärente Innovationsstrategie Berlins und das Landesinnovationskonzept Brandenburgs.

Das Hauptanliegen von innoBB liegt in der Entwicklung von länderübergreifenden Clustern, jeweils mit einem gemeinsamen Management. Ein zwischen den Clustermanagements vereinbarter Arbeitsplan legt die Ziele und nächsten Schritte fest (Näheres zu den einzelnen Clustern - Gesundheitswirtschaft; Energietechnik; Verkehr, Mobilität, Logistik; IKT, Medien- und Kreativwirtschaft Berlin-Brandenburg; Optik - wird im Folgenden dargestellt.)

Derzeit wird auch im Sinne einer Erfolgskontrolle ein gemeinsames Clustermonitoringsystem aufgebaut. Die einheitliche Erfassung vergleichbarer Indikatoren dient jedoch nicht nur der Dokumentation der wirtschaftlichen Entwicklung der Cluster. Gleichzeitig ermöglicht ein Monitoring Vergleiche mit anderen Regionen und kann daher ein Element des Standortmarketings und der Verbesserung der überregionalen Wahrnehmung der Cluster sein. Der erste Clustermonitoringbericht soll im Herbst des Jahres 2012 vorliegen.

Im Bereich der gemeinsamen Finanzierungen hatten beide Wirtschaftsressorts und die Förderbanken von Berlin und Brandenburg auf dem Innovationsgipfel im September 2009 zunächst eine Grundsatzvereinbarung zur Förderung länderübergreifender Forschungs- und Entwicklungs-Verbundprojekte sowie des Managements der Zukunftsfelder unterschrieben. Um derartige Projekte zukünftig in synchronisierten und harmonisierten Verfahren reibungsloser fördern zu können, haben die Investitionsbank des Landes Brandenburg und die Investitionsbank Berlin sowie die an der Umsetzung der Förderung beteiligten Institutionen im November 2009 für länderübergreifende FuE-Verbundvorhaben und im November 2010 zur Förderung länderübergreifender Projekte zum Management der Cluster Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet. Die entsprechenden Fördervorhaben wurden und werden nach den festgelegten Absprachen zum Verfahren bearbeitet.

Auf dem Innovationsgipfel 2009 wurde, neben einer Vereinbarung zur Harmonisierung der Technologieförderung, auch eine Vereinbarung der Wirtschafts- und Wissenschaftsressorts beider Länder über den Wissens- und Technologietransfer unterzeichnet. Zu den Vorhaben im Einzelnen ist Folgendes zu berichten:

- Der Innovationsgutschein (Brandenburg) bzw. der Transfer BONUS (Berlin) wurden bzw. werden gut angenommen und stehen weiterhin als Förderinstrumente für kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung; die Förderkonditionen wurden in abgestimmter Weise verbessert.
- Seit April 2010 kommt der Lenkungskreis der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre regelmäßig zusammen, um das weitere Vorgehen in der gemeinsamen Innovationspolitik zu koordinieren und abzustimmen.
- Die Entwicklung eines gemeinsamen Projektes zur Identifizierung und Beschleunigung transfergeeigneter Ideen aus den Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen (TOP 100) wird von der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH und der TSB Innovationsagentur Berlin GmbH - aus fördertechnischen Gründen zunächst parallel - auf der Basis eines abgestimmten Konzepts in ein länderübergreifendes Projekt überführt.
- Der gemeinsame Transferpreis wurde im Jahr 2010 mit dem Innovationspreis Berlin Brandenburg verknüpft.

Der Aufbau eines gemeinsamen Informationsportals über transferrelevante Inhalte bzw. eine geeignete Suchmaschine ist in Vorbereitung. Außerdem gibt es erste Arbeitskontakte, um künftig auch im Rahmen des Themas „Akademische Gründungen (Spin off-Gründungen)“ gemeinsame Vorhaben der beiden Länder zu definieren.

Der Innovationspreis Berlin Brandenburg 2011 wurde wie bereits im Vorjahr verstärkt auf die Gemeinsame Innovationsstrategie ausgerichtet. Er ist offen für Innovationen aus den inzwischen fünf länderübergreifenden Clustern Berlins und Brandenburgs einschließlich der Querschnittsthemen Werkstoffe/Materialien, Produktions- und Automatisierungstechnik, Clean Technologies und Sicherheit, um deren besonderer Bedeutung für die Region Rechnung zu tragen und vorhandene Stärken zu fördern.

2.2 Zu den Clustern im Einzelnen

Cluster Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg als Wissenschafts-, Ausbildungs- und Wirtschaftsstandort entwickelt sich weiterhin erfolgreich. Wenngleich die Beschäftigungszuwächse in der Region insgesamt nicht ganz so stark ausfielen wie in anderen Bundesländern, so ist der Anteil Berlin-Brandenburgs an allen Erwerbstätigen im Gesundheits- und Sozialwesen in Deutschland doch überdurchschnittlich hoch (7,3 % gegenüber 6,6 % bei den Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt). 2009 wuchs die Zahl der in diesem Bereich beschäftigten Personen auf rund 353.000. Die Bruttowertschöpfung liegt bei ca. 14 Mrd. €.

Der Senat von Berlin und die Landesregierung Brandenburg verfolgen daher mit Nachdruck die Entwicklung des Clusters „Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg“ mit den Teilsegmenten Pharma, Biotechnologie und Medizintechnik und Gesundheitsnahe Dienstleistungen.

Das Cluster wird getragen von renommierten Institutionen wie der Charité als einem der führenden Universitätsklinika Europas, dem Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin, dem Deutschen Herzzentrum Berlin, über 20 weiteren Hochschulen und Einrichtungen der großen deutschen Forschungsgesellschaften sowie rund 300 kleinen und mittelständischen Unternehmen, vom Start-up bis zum Weltmarktführer.

Umsatz und Beschäftigtenzahl der regionalen Unternehmen haben sich kontinuierlich positiv entwickelt. Etwa 8000 Beschäftigte in forschenden und produzierenden Unternehmen der Medizintechnik erwirtschaften heute in Berlin-Brandenburg einen Umsatz von rund 1,5 Mrd. €. Immer mehr international operierende Unternehmen nutzen den Standortvorteil durch ihre Präsenz in der Region. Sie profitieren damit auch von der Nähe zu einem bedeutenden Markt für medizintechnische Produkte und Dienstleistungen. 131 Krankenhäuser mit annähernd 35 000 Betten und knapp 1,3 Millionen Behandlungsfällen pro Jahr bieten zudem eine hervorragende Basis für die Durchführung klinischer Studien.

Die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH, die TSB Innovationsagentur Berlin GmbH und die Berlin Partner GmbH stellen gemeinsam das Clustermanagement und das Clustermanagementteam sowohl personell als auch finanziell. Am 09.07.2010 ernannten die beiden Landesregierungen Herrn Prof. Dr. Stock, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, zum Clustersprecher. Die Kooperationsvereinbarung zum Cluster „Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg“ wurde am 12.07.2010 unterzeichnet.

Das Clustermanagementteam fördert und unterstützt die weitere Clusterentwicklung und -stärkung, indem es die Maßnahmen der Beteiligten aus Wirtschaft und Wissenschaft, der Politik, der Kammern und Verbände koordiniert und die Umsetzung des Masterplans „Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg“ unterstützt. In einer Konferenz am 03.11.2010 „3 Jahre Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg“ wurde Bilanz gezogen.

Das bestehende Logo von HealthCapital wird als Clusterlogo verwendet. Für das Jahr 2012 ist eine Prozessevaluierung sowohl für die Strukturen als auch die gesetzten Schwerpunkte des Clustermanagements vorgesehen.

Der vollkommen überarbeitete Präventionsatlas (www.praeventionsatlas.de) wurde am 30.08.2011 der Öffentlichkeit vorgestellt. Er enthält insgesamt 172 Gesundheitsangebote und Verweise zu 329 Adressen in der Region. Er enthält ambulante und stationäre Einrichtungen, die nach Fachgebiet oder Entfernung durchsucht werden können. Adressverzeichnisse erleichtern die Kontaktaufnahme mit den beratenden Stellen.

Am 15.11.2011 erschien der „Atlas zur medizinischen Rehabilitation in Berlin und Brandenburg“ (www.rehaatlas.de). Portal und Atlas enthalten Informationen, welche Wege in die Rehabilitation führen, wer die Kosten übernimmt und für welches Krankheitsbild welche Einrichtung in Frage kommt. 66 Einrichtungen präsentieren sich detailliert mit ihren Angeboten und Kontaktdaten.

Cluster Energietechnik

Erklärtes politisches Ziel des im Januar 2011 gestarteten Clusters Energietechnik ist es, die Energietechnik in der Hauptstadtregion zu einem wachsenden, international wettbewerbsfähigen Wissenschafts- und Wirtschaftscluster weiterzuentwickeln und entsprechend zu vermarkten. Dadurch sollen die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit bei der Entwicklung neuer Dienstleistungen und bei der Entwicklung und Fertigung neuer Erzeugnisse in der Hauptstadtregion gesteigert und Beschäftigungs- und Umsatzwachstum gesichert werden. Insbesondere bei den Themen Turbomaschinen und Photovoltaik sind die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Ländern im Bereich der Entwicklung und Herstellung überregional wettbewerbsfähiger Produkte sehr ausgeprägt. Gleichzeitig sind im nationalen und internationalen Vergleich herausragende Kompetenzen in Wirtschaft und Wissenschaft vorhanden. Weitere Potentiale für eine Zusammenarbeit zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg bei Themen wie Komponenten intelligenter Energienetze und -speicher, E-Mobilität, Energieeffizienz-Technologien sowie bei Anlagen zur Nutzung von Wind- und Bioenergie sollen in Zukunft im Rahmen der gemeinsamen Clusterstrategie identifiziert und angestoßen werden. Der Clusterprozess ist technologiefokussiert und auf wissenschaftliche Einrichtungen und Unternehmen aller Größenordnungen ausgerichtet. Im Zentrum stehen die Vernetzung,

Know-how- und Technologietransfer zwischen Beteiligten sowie wirtschaftliche Ergänzungen in der Wertschöpfungskette zur Erreichung überregionaler Sichtbarkeit.

Die Clusterstrategie Energietechnik wird damit auch in der Energiestrategie des Landes Brandenburg jene Themen abdecken, bei denen es im Handlungsfeld „Forschung und Entwicklung“ einen gemeinsamen Schnittpunkt mit dem Land Berlin gibt.

Als Sprecher des Clusters Energietechnik konnte Herr Prof. Dr. Hüttl (Wissenschaftlicher Vorstand und Sprecher des Vorstandes des Helmholtz-Zentrums Potsdam Deutsches Geo-Forschungszentrum GFZ, Präsident von acatech - der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften) gewonnen werden. Das Clustermanagementteam hat unmittelbar nach dem Start des Clusters die Arbeit an einem Masterplan Energietechnik aufgenommen. Dazu wurden im Jahr 2011 in den zwischen beiden Ländern vereinbarten Handlungsfeldern Handlungsfeldkonferenzen durchgeführt. Dadurch wurden die Akteure in diesen Handlungsfeldern in die Erarbeitung des Masterplans eingebunden und die handlungsfeldspezifischen Maßnahmen konnten direkt besprochen werden. Mit der Clusterkonferenz vom 13.12.2011 wurde der abschließende Dialogprozess eingeleitet, der mit der Erstellung und Verabschiedung des Masterplans im Frühjahr 2012 fortgeführt und konkretisiert wird.

Cluster Verkehr, Mobilität, Logistik

Das Cluster Verkehr, Mobilität und Logistik, das seine Arbeit offiziell am 25.05.2011 startete, gliedert sich in fünf Handlungsfelder, die eine jeweils branchenbezogene Identität aufweisen:

- Automotive
- Logistik
- Luft- und Raumfahrt
- Schienenverkehrstechnik
- Verkehrstelematik

Clustersprecherin ist die renommierte Verkehrsforscherin Frau Prof. Dr. Barbara Lenz, die das Institut für Verkehrsforschung des DLR – Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Berlin-Adlershof leitet und gleichzeitig eine Sonderprofessur für Verkehrsgeographie an der Humboldt-Universität Berlin innehat.

Aktuell verbindet das Cluster

- produzierende Unternehmen und Wissenschaft mit ca. 54.000 Beschäftigten (Beschäftigungswachstum 2003 - 2010: ca. 12 %),
- ca. 50.000 Arbeitsplätze bei großen Verkehrsbetreibern,
- rund 180.000 Beschäftigte im Bereich logistischer Dienstleistungen.

Im Vergleich zu verkehrsbezogenen Clustern anderer Regionen zeichnet sich das Cluster Verkehr, Mobilität und Logistik Berlin-Brandenburg durch ausgeprägte Intermodalität und Interdisziplinarität aus. Die besonderen Potenziale der Clusterentwicklung liegen in der interdisziplinären Zusammenarbeit über die Grenzen der Handlungsfelder hinweg.

Dies beinhaltet:

- verstärkte Vernetzung und intensiviertere Zusammenarbeit über die Handlungsfelder hinweg, um Synergieeffekte noch stärker nutzbar zu machen,
- Dienstleistungsbereiche, die regionale Wertschöpfungsketten vervollständigen, werden stärker in die Vernetzung und in die Projektentwicklung einbezogen,
- erhöhte Sichtbarkeit und Schaffung stärkerer Identifikation der Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen mit der Innovationsstrategie der Region Berlin-Brandenburg,

- Verstärkung des strategischen Elements durch Erstellung und regelmäßige Fortschreibung des Masterplans für das Cluster (erste Version des Masterplans im Frühjahr 2012).

Sehr gut entwickelt hat sich das Handlungsfeld Logistik. Das krisenbedingt gesunkene Transportvolumen ist seit 2010 wieder deutlich gestiegen. Damit ist auch die Nachfrage nach Logistikimmobilien stark gewachsen und hat dazu geführt, dass das Güterverkehrszentrum Berlin Süd in Großbeeren, das zu den Top 10 Logistikstandorten in Europa gehört, vollständig belegt ist und nunmehr ausgebaut wird.

Die Logistikdienstleister der Region arbeiten mit Hochschulen, Fachhochschulen und den Industrie- und Handelskammern der Region in mehreren EU-Projekten (Scandria, Nord-Süd-Initiative) erfolgreich zusammen, um die Hauptstadtregion national und international als Logistik-Hub zu etablieren. Hierbei leisten auch das LogistikNetz Berlin Brandenburg und die Branchentransferstelle Logistik wertvolle Unterstützung.

Positiv zum Tragen kommt dabei, dass die Hauptstadtregion ihre Vorteile an der geographischen Schnittstelle zwischen wichtigen Nord-Süd- und Ost-West-Magistralen für das produzierende Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen immer besser nutzen kann. Die gute Verfügbarkeit exzellent angebundener Logistikflächen direkt vor den Toren der osteuropäischen Wachstumsmärkte bietet dabei wichtige Vorteile im internationalen Standortwettbewerb der Regionen.

In enger Verzahnung mit dem Cluster Energietechnik wird aktuell speziell die Thematik Elektromobilität verstärkt vorangetrieben. So werden bereits zwei Leitprojekte im Rahmen der Gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin und Brandenburg durchgeführt („Modellregion Elektromobilität Berlin-Potsdam“ und „e-SolCar“). Beide Länder sind im regionalen „Lenkungsreis Elektromobilität“ vertreten, der in der ersten Jahreshälfte 2012 einen Maßnahmenplan "Elektromobilität Berlin-Brandenburg 2020" verabschieden wird (vgl. auch Teil IV Nr. 5).

Cluster IKT, Medien- und Kreativwirtschaft Berlin-Brandenburg

Im Rahmen der Gemeinsamen Innovationsstrategie schlossen beide Länder am 16.05.2011 die Rahmenvereinbarung zur Unterstützung des Clusters „IKT, Medien- und Kreativwirtschaft Berlin-Brandenburg“. Die Clusterentwicklung soll durch Entwicklung und Realisierung gemeinsamer Projekte/Maßnahmen unterstützt werden.

Die Vereinbarung trägt den besonderen Strukturen im Cluster und den bereits vielfältigen gemeinsamen Institutionen beider Länder Rechnung.

Das Cluster IKT, Medien- und Kreativwirtschaft ist eines der am weitesten entwickelten Cluster innerhalb der gemeinsamen Innovationsstrategie. Mit gemeinsamen Organisationen wie

- Medienboard Berlin Brandenburg,
- Medienanstalt Berlin Brandenburg,
- länderübergreifenden Netzwerken und Verbänden (media.net und der IKT-Branchenverband SIBB) sowie
- den Wirtschaftsfördergesellschaften und Kammern

ist die Zusammenarbeit sehr ausgeprägt. Auf die Schaffung neuer Managementstrukturen wurde daher verzichtet. Die bereits bestehende IT-Koordinierungsrunde wurde jedoch um einige weitere Mitglieder für die Bereiche Medien und Kreativwirtschaft erweitert.

Das Cluster hat seine Arbeit mit ersten Sitzungen aufgenommen und Handlungsfelder wie

z. B. Mobile Anwendungen/Geoinformation, Internet der Dienste, Creative ICT/Web 2.0, Vernetztes Leben definiert sowie erste Projektkonkretisierungen erarbeitet. Schon nach den ersten Sitzungen der Koordinierungsrunde zeigt sich das starke Potenzial der Kooperation.

Cluster Optik

Am 24.10.2011 wurde das fünfte länderübergreifende Cluster („Optik“ einschließlich Mikrosystemtechnik) etabliert. Als Clustersprecher konnte Prof. Dr. Günther Tränkle, Direktor des renommierten Ferdinand-Braun-Instituts, Leibniz-Institut für Höchstfrequenztechnik, und Vorstandsvorsitzender von OpTecBB e. V., gewonnen werden. Als Manager des Clusters wird Dr. Bernd Weidner (Geschäftsführer von OpTecBB e. V.) fungieren.

Auf der Grundlage einer auf dem Innovationsgipfel am 22.08.2011 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung zwischen Optec-Berlin-Brandenburg e.V. (OpTecBB), einer Initiative von Firmen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Berlin und Brandenburg, und der TSB Innovationsagentur Berlin GmbH, der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH sowie der Berlin Partner GmbH wurden die Managementstrukturen des neuen Clusters festgelegt.

Neben der Einsetzung eines Clustermanagements wird ein Fachbeirat gebildet. Die Arbeit des Clusters wird sich künftig auf folgende Handlungsfelder konzentrieren:

- Photonische Kommunikationstechnik
- Lasertechnik
- Lichttechnik
- Optische Messtechnik
- Optische Technologien in BioMed/Pharma
- Mikrosystemtechnik

Die inhaltliche Orientierung des Clusters wird sich auch in der Messe Laser Optics Berlin LOB 2012 widerspiegeln, die erstmals gemeinsam mit der mycrosys durchgeführt wird und für die mit der Optical Society of America die weltweit bedeutendste Organisation im Bereich der Optischen Technologien als Partner gewonnen werden konnte. Der Messebeirat der LOB, ergänzt um namhafte Vertreterinnen und Vertreter aus der Optikszenen, hat sich auf einem Treffen mit dem Thüringer Kompetenznetz Optonet am 26.10.2011 über zukünftige Kooperationen der Cluster abgestimmt und für die Unterstützung des Messeplatzes Berlin geworben.

3. Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung

Mit der Entscheidung der beiden Landesregierungen für eine konsequente Umsetzung der gemeinsamen Innovationspolitik und dem damit verbundenen Clusterprozess rücken Berlin und Brandenburg im Bereich der Wirtschaftsförderung noch enger zusammen. Die verabredete Schaffung gemeinsamer Strukturen in den landesübergreifenden Clustern bedeutet eine maßgebliche Weiterentwicklung in der langfristigen Umsetzung einer konsistenten Wirtschaftsförderungspolitik für die Hauptstadtregion und setzt die bestehende enge Kooperation der beiden Länder in vielen Teilbereichen der Wirtschaftsförderungspolitik konsequent fort.

3.1 Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderergesellschaften

Auf der Grundlage der seit 2005 fortgeschriebenen Kooperationsvereinbarung wurde die Zusammenarbeit zwischen der ZAB und der Berlin Partner (BP) fortgesetzt und im Zuge des länderübergreifenden Clusterprozesses auf dem Gebiet des Standortmarketings intensiviert. In partnerschaftlicher und vertrauensvoller Zusammenarbeit wurden gemeinsame Ansiedlungsprojekte - unter anderem in den Bereichen Gesundheitswirtschaft, IKT/Medien und Logistik - betreut. Das übergeordnete Ziel ist die gemeinsame erfolgreiche Außendarstellung der Hauptstadtregion gegenüber Unternehmen und Investoren im In- und Ausland.

Grundlage für die Vermarktung der Hauptstadtregion ist seit 2006 die gemeinsame Dachmarke „The German Capital Region“, die für das Standortmarketing, z.B. in Branchenbroschüren zur Investorenwerbung, auf Messeständen sowie im Internet eingesetzt und laufend aktualisiert wird.

Die bestehenden gemeinsamen Internetportale (www.berlin-brandenburg.de und www.capital-region.de) bilden die übergreifende Basis für das digitale Marketing. Darüber hinaus baut das Land Brandenburg ein an den Bedürfnissen des Flächenlandes orientiertes georeferenziertes Standortinformationssystem auf (Landespräsentations-Tool; voraussichtliche Inbetriebnahme Ende 2012). Das in Berlin bestehende Angebot des Business Location Center - mit seinem 3-D-Stadtmodell, dem Wirtschafts atlas und seinem Immobilienportal - wurde im vergangenen Jahr um weitere Tools, wie z.B. einen Solaratlas, der für jedes der 560.000 Berliner Dächer das Solarpotenzial zeigt, erweitert.

Durch die Zusammenarbeit von ZAB und BP konnten gemeinsam elf Unternehmen mit 777 Arbeitsplätzen und einer Investitionssumme von 54 Mio. € für die Hauptstadtregion akquiriert werden.

3.2 Gemeinsame Außenwirtschaftsaktivitäten

Die Zusammenarbeit beider Länder im Bereich Außenwirtschaft wurde auch in den vergangenen beiden Jahren kontinuierlich intensiviert. Im Länderarbeitskreis Außenwirtschaft Berlin-Brandenburg, in dem die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, Berlin Partner GmbH, die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH und die beiden Wirtschaftsressorts mitwirken, werden mehrmals jährlich die Außenwirtschaftsaktivitäten der Akteurinnen und Akteure abgestimmt.

Jährlich wird die gemeinsame Broschüre „Messebeteiligungen Berlin-Brandenburg“ erstellt. Schwerpunkt sind dabei die gemeinsamen Messeauftritte auf Firmengemeinschaftsständen unter der Dachmarke „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“. 2010 standen 52 gemeinsame Messeauftritte auf dem Programm, z.B. auf der CeBIT in Hannover, der ILA in Berlin/Schönefeld, der InnoTrans in Berlin oder der Arab Health in Dubai. 2011 gab es Beteiligungen mit Messgemeinschaftsständen auf 48 Messen, u.a. auf der Transport Logistik in München, der Bio in Washington sowie der BIOTECHNIKA in Hannover. Das gemeinsame Messeprogramm 2012 ist seit dem 22.08.2011 online verfügbar.

Im August 2010 fand die 8. Außenwirtschaftskonferenz Berlin-Brandenburg mit dem Länder-schwerpunkt China in Berlin statt. Auf der Folgeveranstaltung im August 2011 in Potsdam standen die BRIC-Staaten als „Motoren der Weltwirtschaft“ im Mittelpunkt. Beide Veranstaltungen stießen auf großes Interesse.

Die Zusammenarbeit beider Bundesländer im Außenwirtschaftsbereich bildet sowohl in der „Rahmenstrategie für die Außenwirtschaft in Berlin“ (2010) als auch im Außenwirtschaftskonzept des Landes Brandenburg (2008) einen Kernbestandteil.

Wichtige Bestandteile sind zudem die Förderung vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte sowie eine Fokussierung auf die technologischen Cluster, denen damit auch bei der Entwicklung von Außenwirtschaftsaktivitäten eine zentrale Rolle zukommt. Die Berliner Strategie sieht vor, die Außenwirtschaftsförderung mit der Innovationsstrategie enger zu verbinden. Im Brandenburger Außenwirtschaftskonzept ist die Branchenorientierung als Kernelement verankert. Schließlich wurde in der Gemeinsamen Innovationsstrategie als zentrale Aufgabe der Clusterstrukturen festgehalten, die internationale Vernetzung zu fördern und sich mit eigenen Aktivitäten an internationalen Wachstumsmärkten auszurichten. In einem „Werkstattgespräch Internationalisierung“ am 28.06.2011 wurden die bisherigen Ergebnisse der Strategiedialoge von ZAB, TSB und Berlin Partner mit

den Clustermanagements sowie die Möglichkeiten einer stärkeren Nutzung von INTERREG bzw. weiteren europäischen Programmen für die internationale Ausrichtung in den gemeinsamen Clustern erörtert. Die Ergebnisse flossen auch in den Innovationsgipfel Berlin Brandenburg 2011 am 22.08.2011 ein, der unter dem Generalthema „Internationalisierung“ stand.

Darüber hinaus führen derzeit die Berlin Partner GmbH, die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH und die TSB Innovationsagentur Berlin GmbH Strategiegelgespräche mit dem Clustermanagement, in denen der bisherige Stand der Internationalisierung in den Clustern sowie Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der gemeinsamen Cluster erörtert werden.

3.3 Einheitlicher Ansprechpartner

Bei der Gründung oder Erweiterung eines Dienstleistungsunternehmens können sich Wirtschaftsbürgerinnen und –bürger seit dem 28.12.2009 mit ihren Anliegen direkt an die Institution des „Einheitlichen Ansprechpartners“ wenden, die in beiden Ländern jeweils den Wirtschaftsressorts zugeordnet ist. Die Einheitlichen Ansprechpartner bieten Informationen zu Formalitäten und Anforderungen an die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten. Sofern gewünscht, können die erforderlichen Verwaltungsverfahren direkt über die Einheitlichen Ansprechpartner – auch elektronisch – abgewickelt werden. Damit werden den Betroffenen die Wege durch die Verwaltung abgenommen. Die Einrichtung dieser neuen Institution ist auch für die Verwaltung ein Lernprozess, so dass sich der regelmäßige Erfahrungsaustausch der in Berlin und Brandenburg zuständigen Einrichtungen als überaus nützlich erwiesen hat.

Im Vordergrund dieses Erfahrungsaustauschs steht u. a. der Ausbau der elektronischen Verfahrensabwicklung; die gemeinsame Nachbereitung wiederkehrender Fallkonstellationen soll fortgesetzt werden. Dabei ist das Ziel, ein gemeinsames Wissensmanagement mit Zugriff für beide Seiten aufzubauen. Ebenso findet im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sowie im Hinblick auf die Teilnahme an Veranstaltungen und die Positionierung gegenüber dem Bund ein kontinuierlicher Austausch statt.

4. Tourismus

Die seit langem gepflegte Zusammenarbeit zwischen der Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH und der Berlin Tourismus & Kongress GmbH (visitBerlin) wurde weiter ausgebaut, u. a. bei der Präsentation von gemeinsamen Produkten in den Themenfeldern Kultur-, Rad- und Wassertourismus sowie durch einen gemeinsamen Messeauftritt auf der ITB 2011; insgesamt präsentierten dort 79 Ausstellende auf 1.600 Quadratmetern die Vielfalt der Hauptstadtregion.

Ein sichtbares Zeichen der Kooperation ist auch das geplante Welcome Center auf dem neuen Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt. Das Welcome Center wird eine Visitenkarte der Hauptstadtregion und auch erste Anlaufstelle für alle touristischen Dienstleistungen sein.

5. Medien

Die Medien als Teil der Kreativwirtschaft stellen für Berlin und Brandenburg ein Politik- und Wirtschaftsfeld von herausgehobener Bedeutung dar. Dies gilt nicht nur für die jeweils landesbezogenen, sondern insbesondere auch für die gemeinsamen Aktivitäten beider Länder. Die länderübergreifenden Institutionen Rundfunk Berlin-Brandenburg, Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH und Medienanstalt Berlin-Brandenburg belegen den hohen Grad der Länderkooperation und bieten zugleich den Rahmen, diese nachhaltig fortzuführen.

2010 war wieder ein erfolgreiches Förderjahr für das Medienboard. Es wurden Fördermittel in Höhe von 28,5 Mio. € an 228 Filmprojekte und 73 Standortmarketing-Maßnahmen verge-

ben, die wirtschaftliche Effekte in Höhe von 120 Mio. € in der Region ausgelöst haben. Im Schwerpunkt Digitalisierung wurden die Pilotprogramme „Innovative Audiovisuelle Inhalte“ und „Innovative Marketingmaßnahmen für Filmtheater in Berlin und Brandenburg“ im Januar 2010 zu einer festen Förderkategorie mit rund 1 Mio. € jährlich umgewandelt. Zudem hat das Medienboard im Sommer 2010 ein Förderprogramm zur Kinodigitalisierung aufgelegt, um Filmtheater bei der Umrüstung auf digitale Projektionstechnik zu unterstützen.

Aufgrund der erweiterten Kompetenzen aus dem Vierten Änderungsstaatsvertrag zum Staatsvertrag über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks, der im Juni 2009 in Kraft getreten war, hat die Medienanstalt das Medieninnovationszentrum MIZ in Potsdam-Babelsberg errichtet, das im Mai 2011 eröffnet wurde. Damit baut die Medienanstalt die Förderung der Medienausbildung und -kompetenz aus. Ein Schwerpunkt der Medienanstalt ist die Unterstützung der Medienbildung von Kindern, Jugendlichen und Eltern. Hervorzuheben ist das in Berlin und Brandenburg durchgeführte Projekt „Eltern-Medien-Trainer“ zum Thema Mediennutzung und Medienerziehung von Kindern, Jugendlichen und Familien. Des Weiteren organisiert die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin gemeinsam mit der Medienanstalt im Rahmen des Berliner Landesprogramms „jugendnetz-berlin“ die Initiative „Steps into future“ zur beruflichen Orientierung und Medienbildung von Kindern und Jugendlichen.

Das herausragende Ereignis im Bereich des Rundfunks ist der Abschluss des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrages, mit dem ab 2013 statt der auf Geräte bezogenen Rundfunkgebühr ein haushaltsbezogener Beitrag eingeführt wird. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Zukunftssicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geleistet. Speziell der RBB kann dadurch eine Stabilisierung seiner wirtschaftlichen Lage erwarten. Die Ratifizierung durch die Länderparlamente wurde bis Ende 2011 abgeschlossen.

III. Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt

Das wichtigste Infrastrukturprojekt der Region, der Flughafen Berlin Brandenburg, befindet sich auf der Zielgeraden und wird am 03.06.2012 in Betrieb genommen werden. Der Flughafen wird die internationale Einbindung der regionalen Wirtschaft weiter vertiefen, regionales Wachstum und Beschäftigung fördern. Auch deswegen wurde das Projekt von Wirtschaft und Gewerkschaften konsequent unterstützt. Relevante Flughafenstandorte sind in Deutschland in der Regel auch wirtschaftlich besonders starke Standorte. Diese vom Flughafen ausgehenden Potentiale werden von der Wirtschaftspolitik Berlins und Brandenburgs aufgenommen und unterstützt. Daneben ist ein sozialverträglicher Dialog zwischen Flughafen und seinem Umfeld ein wichtiges Ziel.

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 13.10.2011 nunmehr auch die Nachtflugregelungen der Brandenburger Genehmigungsbehörde bestätigt. Die durchzuführenden Abnahmen und die Probetriebe laufen planmäßig an. Die in der Öffentlichkeit und der Fluglärmkommission intensiv und kontrovers diskutierten An- und Abflugverfahren wurden von der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung zur Genehmigung vorgelegt. Dabei sind wichtige Ergebnisse der Arbeit der Fluglärmkommission in den Bericht der Flugsicherung eingeflossen. Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung hat am 26.01.2012 die durch Rechtsverordnung festzulegenden Flugrouten bekannt gegeben.

1. Flughäfen als Wirtschaftsstandorte

Die von der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH betriebenen Flughäfen in Berlin-Tegel und Schönefeld sind schon heute ein wichtiger Motor für die Wirtschaft in der Region und zugleich ein bedeutender Arbeitgeber. Gleichzeitig sind die Wachstumsimpulse, die von der Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg Willy Brandt ausgehen, immer stärker zu spüren. Vor diesem Hintergrund haben die beiden Länder ihre gemeinsamen Aktivitäten im

Flughafenumfeld im Rahmen des Projektes „Aufbau zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen im Umfeld des Flughafens Berlin Brandenburg International“ fortgeführt.

Die Umsetzung der Akquisitions- und Standortmarketingstrategie übernehmen die Wirtschaftsfördergesellschaften ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH und Berlin Partner GmbH, die hierfür im Auftrag der beiden Länder das gemeinsame Airport Region Team gegründet haben. Aus einer intensiven Marketingphase kommend, konzentriert sich die Tätigkeit jetzt auf die Akquisition und den Vertrieb. Organisatorisch sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Airport Region Teams eng an die Branchen- bzw. Ansiedlungsteams der Wirtschaftsfördergesellschaften angebunden. Als Repräsentant für den Wirtschaftsraum konnte der erfahrene Spitzenmanager Axel Arendt gewonnen werden, der über langjährige internationale Erfahrung in der Luft- und Raumfahrtindustrie verfügt.

Parallel zu Akquisition und Vertrieb bewirbt das Team u. a. durch die Teilnahme an Road Shows, z. B. in Nordamerika und Asien, durch die Präsenz auf der Internationale Luftfahrt-Ausstellung (ILA) und der Immobilienmesse MIPIM in Cannes sowie durch die Eigenveranstaltung Airport Region Talk den Flughafen Berlin Brandenburg und das Flughafenumfeld im In- und Ausland. Im Jahr 2010 konnte durch die Begleitung und Unterstützung von 93 Investitionsprojekten im Flughafenumfeld bereits vor Eröffnung des neuen Flughafens zur Schaffung von rund 4.100 neuen Arbeitsplätzen beigetragen werden.

2. Internationale Luftfahrtausstellung

2010 fand die Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) zum letzten Mal am bisherigen Standort in Schönefeld statt. Die Vielzahl wichtiger Ausstellerinnen und Aussteller sowie Besucherinnen und Besucher, hervorragende Exponate und Geschäftsabschlüsse unterstrichen erneut die Bedeutung der ILA als internationale Marketingplattform der Spitzentechnologiebranche Luft- und Raumfahrt. Die Hauptstadtregion hat diese Veranstaltung genutzt, um den Anspruch zu unterstreichen, Berlin-Brandenburg als dritte bedeutende Aerospace-Region in Deutschland weiter auszubauen.

Aufgrund dieser Zielsetzung setzten sich beide Landesregierungen auch für die langfristige Bindung der ILA an die Region und den neuen Flughafen Berlin Brandenburg ein. Nach der Entscheidung des Branchenverbandes BDLI für den Standort Schönefeld haben sich Berlin und Brandenburg entschlossen, gemeinsam ein neues Messe- und Veranstaltungsgelände am Flughafen zu entwickeln, das auch die notwendigen Kapazitäten und Qualitätsmerkmale für die Durchführung der ILA gewährleistet. Zu diesem Zweck wurde Ende 2010 die Messeimmobilien Selchow GmbH gegründet, deren Gesellschafter zu je 50% die Messe Berlin GmbH und die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH sind. Die Gesellschaft wird in der ersten Ausbaustufe rund 27 Mio. € in die Erschließung und Entwicklung eines flexibel nutzbaren Ausstellungsareals im Ortsteil Selchow der Gemeinde Schönefeld investieren. Wesentliche Planungs- und Genehmigungsverfahren sind abgeschlossen, der erste Spatenstich erfolgte im August 2011. Bereits zur ILA 2012 soll das neue Gelände genutzt werden.

3. Umfeldentwicklung und Dialogforum

Die Zusammenarbeit der zum Flughafenumfeld gehörenden Kommunen und Landkreise, der betroffenen Berliner Bezirke, der Flughafengesellschaft und der betroffenen Ressorts beider Länder im Rahmen des regional geführten Dialogforums Airport Berlin Brandenburg wurde fortgesetzt. Schwerpunkte in den drei Arbeitsgruppen sind alle anstehenden Themen zum Fluglärm (z.B. Umsetzung des Schallschutzprogramms für das Flughafenumfeld), die kommunalen Planungen im Flughafenumfeld sowie Fragen des angestrebten Interessenausgleichs zwischen Flughafen und Umfeld auf der Basis des Gemeinsamen Strukturkonzeptes. In diesem Ort des regionalen Austauschs können Interessensunterschiede gemeinsam einer konstruktiven Lösung zugeführt werden.

Die Beauftragung eines regionalwirtschaftlichen Gutachtens durch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg im Rahmen des Dialogforums dient als Grundlage für die weitere Diskussion der Möglichkeiten eines Interessensausgleichs im Flughafenumfeld. Diskutiert werden auch Möglichkeiten einer gemeinsamen Ansiedlungs- und Beschäftigungspolitik der Umlandgemeinden.

4. Verkehrsanbindung

Die Schienenanbindung des Flughafens erfolgt in erster Linie über den Airport-Express nach Berlin und mit Regionalbahnlinien nach Potsdam und anderen brandenburgischen Städten. Der Airport-Express wird mit einer Fahrzeit von rund 30 Minuten vier Mal pro Stunde vom Hauptbahnhof zum neuen Flughafen Berlin Brandenburg fahren (Linien RE 7, RE 9, RB 14). Direktverbindungen bestehen damit von den Stationen Spandau, Charlottenburg, Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Ostbahnhof, Karlshorst sowie Potsdamer Platz, Südkreuz und Lichterfelde Ost. Die RB22 führt von Potsdam über Golm zum Flughafen, ab dem Potsdamer Hauptbahnhof beträgt die Fahrzeit 42 Minuten. Weitere Direktverbindungen nach Brandenburg führen mit dem Airport-Express über die Berliner Stadtbahn über Potsdam Babelsberg nach Dessau (RE 7) sowie über Königs Wusterhausen nach Senftenberg (RB 14).

Mit den vielen Zugangsmöglichkeiten einschließlich S-Bahn (10-Minuten-Takt) und Flughafenbussen, darunter auch mehrere Expresslinien (z.B. X7, X11), wird das Anbindungskonzept für den neuen Flughafen insbesondere auch der polyzentrischen Struktur Berlins gerecht. Mit der Ostanbindung wird zudem eine Schienenverbindung zur Görlitzer Bahn nach Süden (Richtung Cottbus, Breslau) hergestellt. Die Länder Berlin und Brandenburg haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass diese Schieneninfrastruktur rechtzeitig zur Inbetriebnahme des neuen Flughafens im Juni 2012 fertig gestellt ist.

Aufgrund der sich verzögernden Fertigstellung der Dresdener Bahn zwischen Berlin Südkreuz und Blankenfelde kann der Airport-Express zum avisierten Fertigstellungstermin des Flughafens Berlin Brandenburg im Sommer 2012 noch nicht auf dieser Strecke verkehren.

Im Interesse einer lückenlosen und intermodalen „Tür-zu-Tür“-Verkehrsinformation zum und vom Flughafen Berlin Brandenburg werden die vorhandenen Informationssysteme des Flughafens, der Verkehrsmanagementzentralen, des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg und der Leitstellen des ÖPNV in der Region ergänzt und miteinander vernetzt (Projekt AIRVIS = Airportbezogenes Verkehrsinformationssystem).

Die straßenseitige Verkehrsanbindung des neuen Großflughafens Berlin Brandenburg ist fast abgeschlossen. Im Rahmen der Umfelderschließung des Flughafens wurden nachfolgende Maßnahmen fertig gestellt:

- 6-streifiger Ausbau der BAB 10 im Süden
- 6-streifiger Ausbau der BAB 113 im Osten
- 4-streifiger Ausbau der B 96 im Westen
- 4-streifiger Ausbau der B 96 a im Norden

Die Anbindung an die Landeshauptstadt Potsdam erfolgt im Rahmen des 4-streifigen Ausbaus der L 76/40 (abschnittsweise fertig gestellt bzw. im Bau).

IV. Verkehr

1. Verkehrspolitische Strategien

Im Rahmen der engen Zusammenarbeit des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, u. a. bei der Erarbeitung und Fortschreibung gemeinsamer Planwerke, wurde eine gemeinsame Verkehrsprognose für den Planungszeithorizont 2025 erarbeitet. Damit steht für die Region erstmals eine die Region als einheitlichen Verkehrsraum betrachtende Prognose als verkehrspolitische und planerische Grundlage zur Verfügung.

Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft wurde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung intensiv in die Entwicklung des im März 2011 vom Berliner Senat beschlossenen neuen Stadtentwicklungsplans Verkehr Berlin eingebunden. Der Stadtentwicklungsplan Verkehr beschreibt die konzeptionell-strategische Verkehrsentwicklungsplanung für Berlin bis zum Jahr 2025 und baut auf der gemeinsamen Verkehrsprognose der beiden Länder auf.

Die gemeinsamen Aktivitäten beider Länder im Rahmen der Fortschreibung der Transeuropäischen Netze (TEN) waren erfolgreich. Das spiegelt sich u. a. in der Ausweisung eines Kernnetzes für die wichtigsten Infrastrukturprojekte der Europäischen Union wider.

2. Straßeninfrastruktur

Im Bereich der länderübergreifenden Planungen ist insbesondere der vierstreifige Ausbau der L 33 von der BAB 10, Anschlussstelle Marzahn, bis zur Landesgrenze Berlin-Brandenburg zu nennen. Die Baukosten für diese 5 km lange Strecke betragen ca. 10 Mio. €. Der erste Abschnitt von der BAB 10 bis Hönow ist im Bau; der zweite Abschnitt von Hönow bis zur Landesgrenze wird derzeit als Gemeinschaftsmaßnahme mit dem Land Berlin geplant. Dazu wurde mit Berlin eine Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Planung abgeschlossen; die Kosten werden zu je 50 % getragen. Das Planfeststellungsverfahren ist beantragt, die Auslegung erfolgt in beiden Ländern noch im 1. Quartal 2012.

In enger Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg erfolgt auch der sechsstreifige Ausbau des Berliner Nordrings (BAB 10). Baubeginn war 2010 mit dem Bau von zwei Eisenbahnüberführungsbauwerken im Berliner Abschnitt. Für den Abschnitt im Land Brandenburg zwischen der Anschlussstelle Oberkrämer und dem Autobahndreieck Schwanebeck läuft das Planfeststellungsverfahren, das 2012 abgeschlossen werden soll. Die voraussichtlichen Gesamtkosten für die 40 km lange Strecke betragen ca. 300 Mio. €.

Ein weiteres Projekt ist der vierstreifige Neubau der Ortsumgehung Ahrensfelde (B 158). Die voraussichtlichen Gesamtkosten für die knapp 5 km lange Strecke betragen ca. 40 Mio. €. Das Planfeststellungsverfahren für dieses Vorhaben wurde im September 2011 durch die Vorhabensträger der Länder Berlin und Brandenburg beantragt. Die öffentliche Auslegung der Planfeststellungsunterlagen erfolgte im September/Oktober 2011 parallel in beiden Ländern.

3. Öffentlicher Personennahverkehr

Der länderübergreifende öffentliche Personennahverkehr ist eine Kernaufgabe der Zusammenarbeit beider Länder. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei der von den Ländern Berlin und Brandenburg sowie den brandenburgischen Landkreisen und kreisfreien Städten getragene Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) war. Gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen arbeitet der VBB intensiv an einer verbesserten Vernetzung der Verkehrsmittel und an möglichst aktuellen Fahrgastinformationen.

Bei der Bewältigung der seit Anfang 2009 aufgetretenen massiven Einschränkungen im S-Bahnbetrieb hat der VBB wichtige Koordinierungs- und Serviceleistungen erbracht.

Im Frühjahr 2011 stimmte die S-Bahn Berlin GmbH der Einsetzung zweier Arbeitskreise "Fahrzeuge" und "Infrastruktur" zu, in denen bis zum Sommer mit bahntechnischem Fachpersonal sowie Vertreterinnen und Vertretern der Länder und des VBB der Handlungsbedarf und die zu ergreifenden Maßnahmen, deren Zeitplan und das resultierende, künftige Ausfallrisiko untersucht und in einem Abschlussgutachten festgehalten wurden. Mit Unterstützung des VBB haben die Länder zudem gemeinsam mit der S-Bahn Berlin GmbH eine ständige Arbeitsgruppe zur Qualitätssicherung eingerichtet. Dort werden systematisch alle Aspekte des Fahrzeugmangels und des unter diesen Umständen möglichen Verkehrsangebotes aufbereitet, erörtert und entschieden. Dazu gehören insbesondere die Entscheidung der Aufgabenträger über den Einsatz der verfügbaren Fahrzeuge sowie die Aufbereitung von Ausfällen - insbesondere im Winter - und die vom Unternehmen zu treffenden Gegenmaßnahmen für die dabei zu Tage tretenden Defizite in der Fahrgastinformation.

Der Vertrag mit der S-Bahn Berlin GmbH läuft Ende 2017 aus. Trotz der gravierenden Mängel bei der Leistungserbringung durch den derzeitigen Betreiber kommt aufgrund der technischen Besonderheiten der Berliner S-Bahn-Fahrzeuge, die im Eigentum der S-Bahn Berlin GmbH stehen, weder eine vorzeitige Kündigung noch ein kurzfristiger Betreiberwechsel in Betracht. Neben dem aktuellen Krisenmanagement hat daher die Frage der zukünftigen Vergabe des S-Bahn-Betriebes ab 2018 bei der Kooperation der Länder höchste Priorität. Es wurden unterschiedliche Verfahrensvarianten in gemeinsamen Arbeitsgremien beider Länder und dem VBB so aufbereitet, dass in der neuen Legislaturperiode des Berliner Abgeordnetenhauses kurzfristig eine Entscheidung getroffen werden kann.

Nach dem abgeschlossenen Vergabeverfahren "Stadtbahn" mit den RE-Linien 1, 2, 4, 7 und 9 wurde im Dezember 2010 das Vergabeverfahren "Nord-Süd" mit den RE-Linien 3 und 5 eröffnet. Hierbei sollen auch Verbesserungen und Weiterentwicklungen zu den Punkten Sozialstandards für die Beschäftigten, Umwelt, Barrierefreiheit, Fahrradmitnahme und Erweiterung der Fahrzeugkapazitäten sowie Fahrgastrechte umgesetzt werden.

4. Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Brandenburg-Berlin - „IQ mobility“

Die Arbeiten an einem länderübergreifenden Verkehrs- und Mobilitätsmanagement wurden kontinuierlich weitergeführt, nachdem in den letzten Jahren bereits wesentliche Systemkomponenten realisiert worden waren (gemeinsame Autobahnverkehrsrechnerzentrale, Verkehrsmanagementzentrale, Vernetzung über das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mit insgesamt 4 Mio. € geförderte und 2008 erfolgreich abgeschlossene Forschungsprojekt IQ mobility). Diese Zusammenarbeit wurde im Juli 2011 durch eine Verwaltungsvereinbarung zwischen den Verkehrsverwaltungen beider Länder kodifiziert, die insbesondere die bereits bestehenden Lenkungs- und Arbeitsgruppen institutionalisiert und die Mitnutzung der Verkehrsinformationszentrale des Landes Berlin durch Brandenburg regelt.

5. Elektromobilität

Ein wichtiges Thema, auch im Kontext der Energie- und Klimaschutzpolitik, ist die Entwicklung umweltschonender Transportlösungen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat zusammen mit der Stadtverwaltung Potsdam, unterstützt vom Brandenburger Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, Fördermittel für die Modellregion Elektromobilität beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eingeworben. Hierdurch konnten Demonstrationsprojekte mit Elektrofahrzeugen initiiert werden, bei denen u. a. Filialen des Textileinzelhandels in Berlin aus dem Umland mit Elektro-Lkw beliefert werden.

Bei Veranstaltungen der Gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität der Bundesregierung präsentierten die beiden Länder, vertreten durch die Verkehrs-, Wirtschafts- und Um-

weltressorts, ihre Aktivitäten gemeinsam. Außerdem wurde am 16.01.2012 eine gemeinsame Bewerbung für das von der Bundesregierung ausgeschriebene Förderprogramm „Schaufenster Elektromobilität“ eingereicht.

V. Landesplanung / Raumordnung

1. Gemeinsames Raumordnungskonzept Energie und Klima für Berlin und Brandenburg

Klimawandel und Energiewende stellen die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg vor gemeinsame Herausforderungen. Es gibt aber auch Besonderheiten, die sich aus den unterschiedlichen Raum- und Siedlungsstrukturen der Metropole Berlin und des Flächenlandes Brandenburg ergeben (Handlungsfelder Hitze / Bioklima, Wasserhaushalt / Hochwasserschutz, Freiraumentwicklung). Im Hinblick auf die Energieversorgung ist Berlin vor allem ein großer Verbraucher, dem nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Ressourcen zu Verfügung stehen. In Brandenburg hingegen wird erheblich mehr Energie erzeugt als verbraucht. Auch sind im Flächenland Brandenburg bessere Möglichkeiten zur Erzeugung erneuerbarer Energien gegeben.

Beide Länder haben energie- und klimapolitische Strategien und Maßnahmen erarbeitet und entwickeln diese fort. Dabei verfolgen sie eine Vielzahl gemeinsamer Ziele (u. a. den Ausbau erneuerbarer Energien, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel), deren Umsetzung zu widerstreitenden Raumansprüchen führen kann. Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg greift diese Herausforderungen auf und erarbeitet als Beitrag der Raumordnung ein Gemeinsames Raumordnungskonzept Energie und Klima für die Hauptstadtregion. Die Konzeptentwicklung erfolgt schrittweise und im Dialog mit den betroffenen Bereichen der Landesverwaltungen (Umwelt, Energie), den Regionalen Planungsstellen in Brandenburg sowie weiteren Institutionen in beiden Ländern (u. a. IHK, Forschungseinrichtungen). Als erste Bausteine 2010/2011 wurden eine Bestandsanalyse durchgeführt, Handlungsfelder identifiziert und erste Lösungsvorschläge und Empfehlungen für die Raumordnung abgeleitet. In weiteren Schritten sollen gemeinsame Bilanzierungen vorgenommen und Beispielszenarien für eine angepasste, handlungsorientierte Kulturlandschaftsentwicklung entwickelt werden.

Die bisherigen Ergebnisse eines begleitenden Gutachtens verdeutlichen die Notwendigkeit einer abgestimmten Vorgehensweise im Bereich Energie und Klima.

2. Ostsee-Adria-Entwicklungskorridor und europäische Raumordnungsprojekte

Die Initiative der Länder Berlin und Brandenburg, sich gemeinsam mit den ostdeutschen Bundesländern in einem Wachstumsbündnis für einen transnationalen Nord-Süd-Entwicklungskorridor einzusetzen, hat sich etabliert. 17 europäische Partner unterzeichneten 2011 die Scandria Declaration als Erweiterung der Berliner Erklärung von 2007. Die Partner setzen sich für einen effizienten, modernen und leistungsfähigen grünen Verkehrskorridor von Skandinavien über Rostock und Berlin an die Adria ein, in dem Verkehre intelligent und umweltfreundlich abgewickelt werden.

Wesentliche fachliche Unterstützung gewinnt das Projekt durch die gemeinsame Arbeit in europäischen Projekten, insbesondere SoNorA (South-North-Axis), Scandria (Scandinavian Adriatic Corridor) und Transitects (Transalpine Transport Architects). Im Mittelpunkt stehen die Stärkung der Regionalentwicklung der Länder, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Anregung von Wirtschaftsimpulsen, abgestimmte Aktionen und gemeinsames Vertreten von Positionen, europäische Projekte sowie Marketing und Lobbying.

Die bisher erarbeiteten Positionen und Ergebnisse zeigen, dass der Ostsee-Adria-Korridor schon heute eine zukunftsfähige Alternative zu häufig überlasteten westlicheren Korridoren bietet, dass die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg dafür gute Potentiale mit einer ausgebauten Verkehrsinfrastruktur und einem Netz von hochwertigen Logistikstandorten besitzt und dass Berlin und Brandenburg als Logistikkreuz Synergieeffekte für die Entwicklung der Wirtschaft generieren können.

2010 war die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg Gastgeber der Internationalen Konferenz "Metropolitan Futures - METREX meets Scandria", auf der rund 500 Expertinnen und Experten aus ganz Europa unter dem Motto „Leben, Lernen, Gestalten, Bewegen“ wichtige Fragen der europäischen Raumentwicklung diskutierten.

In dem bis Ende 2012 laufenden Interreg IV-C Projekt Catch-MR (Cooperative approaches to transport challenges in Metropolitan Regions) untersucht die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg als Lead Partner gemeinsam mit sechs europäischen Metropolregionen (Oslo/Akershus, Wien/Niederösterreich, Budapest/Central Hungarian Region, Ljubljana Urban Region, Province of Rome/Lazio Region und Gothenburg Region) vorbildhafte Handlungsansätze nachhaltiger Siedlungs- und Verkehrsentwicklung und prüft sie auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten in den Partnerregionen. Das Projekt will dazu beitragen, den Personenverkehr in der Region effizient und umweltverträglich weiterzuentwickeln. Der Fokus liegt auf den drei Themenbereichen Verkehrsvermeidung, insbesondere durch Siedlungssteuerung, Verkehrsverlagerung, insbesondere durch attraktiven ÖPNV, und verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien im privaten und öffentlichen Verkehr.

VI. Zusammenarbeit im Bereich der Europapolitik

Mit Blick auf die weiter wachsende Bedeutung europäischer Politik für die Entwicklung der Hauptstadtregion wurde auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Europapolitik weiter vertieft. Das betrifft sowohl die Zusammenarbeit zwischen den für Europaangelegenheiten zuständigen Stellen beider Länder als auch die internationale Ausrichtung verschiedenster gemeinsamer Aktivitäten, u. a. auch auf dem Gebiet der Wirtschaft. Schwerpunkte im Berichtszeitraum bildeten die Verständigung zu Fragen der zukünftigen Kohäsionspolitik der EU und selbstverständlich die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Republik Polen.

1. Zukunft der Kohäsionspolitik

Die Ausgestaltung der Kohäsionspolitik in der nächsten EU-Finanzplanungsperiode 2014 bis 2020 ist für beide Länder von gleichermaßen hoher Bedeutung. Die zukünftige Kohäsionspolitik wird - ebenso wie in der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 - einen maßgeblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder ausüben. Die kohäsionspolitischen Finanzmittel verschaffen beiden Ländern, unabhängig von den längerfristigen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die notwendigen Handlungsspielräume, um ihre wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien angemessen umsetzen zu können.

In der nächsten Finanzplanungsperiode 2014 bis 2020 werden beide Länder zudem EU-förderpolitisch enger zusammenrücken. Dazu wurde bereits im Juli 2010 ein länderübergreifender Abstimmungsprozess eingeleitet, der vorrangig im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe stattfindet.

Brandenburg wird unter Umständen durch die erfolgreiche Entwicklung der vergangenen Jahre den heutigen Status eines Konvergenzgebietes verlieren und eine - deutlich geringere - Übergangsförderung erhalten, deren Ausgestaltung noch intensiv diskutiert wird. Unabhängig davon werden die europäischen Fördermittel in der EU-15 insgesamt zugunsten der ost-europäischen Mitglieder (EU-12) zurückgehen, so dass auch in Berlin die zur Verfügung stehenden Fördermittel voraussichtlich sinken werden. Insgesamt werden sich Berlin und Bran-

denburg in der nächsten Förderperiode großen Herausforderungen in Bezug auf den möglichst effizienten Einsatz der weniger werdenden Fördermittel gegenübersehen.

2. Zusammenarbeit mit Polen

Die Länder Berlin und Brandenburg sind sich der Bedeutung einer intensiven Zusammenarbeit mit ihrem Nachbarland Polen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bewusst. Das Land Brandenburg hat darüber hinaus sowohl durch den Auftrag in der brandenburgischen Landesverfassung, die Zusammenarbeit mit dem polnischen Nachbarn voranzubringen, als auch durch die mit rund 250 km längste Grenze eines deutschen Bundeslandes zu Polen eine besondere Verpflichtung. Einen besonderen Schwerpunkt im Land Brandenburg bildet daher die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. In zwanzig Jahren seit den Umbrüchen in Europa konnte in einer Grenzregion, die von tiefen historischen, sozialen und kulturellen Brüchen geprägt war, eine kontinuierliche, freundschaftliche und intensive Partnerschaft etabliert werden.

Ziel der Kooperation mit der Republik Polen ist und bleibt die Umsetzung der auch für die nächsten Jahre wichtigen Schwerpunkte: die Verbesserung der Verkehrsangebote und grenzüberschreitender touristischer Angebote, die gemeinsame Erschließung und der Schutz der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region sowie die Kooperationen bei Bildung und Ausbildung mit der Zielsetzung, eine nachhaltige und grenzüberschreitend abgestimmte Entwicklung der Oderregion zu befördern. Ein deutsch-polnischer Austausch von Verwaltungsbeschäftigten trägt zur Intensivierung der Beziehungen bei.

Im Jahr 2011 war die Aufmerksamkeit zudem auf bedeutende Jubiläen in den Beziehungen zwischen Berlin, Brandenburg und Polen gerichtet: In diesem Zusammenhang fanden und finden in beiden Ländern und in Polen zahlreiche Veranstaltungen statt; Einige Beispiele sind:

- Über die gemeinsame Geschichte informiert seit dem 22.09.2011 die Ausstellung „Deutschland und Polen-1000 Jahre Nachbarschaft in Europa“ im Berliner Martin-Gropius-Bau.
- Anlässlich des Jubiläums der Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Warschau finden Konzerte, Ausstellungen, thematische Begegnungen von Jugendlichen sowie weitere kulturelle Veranstaltungen sowohl in Berlin als auch in Warschau statt.
- Im Mai 2011 fand eine deutsch-polnische Rektorenkonferenz in Frankfurt (Oder) und Słubice statt,
- Anlässlich des 20. Jahrestages des Deutsch-Polnischen Grenzvertrages fand am 03.11.2010 an der Europa-Universität Viadrina eine Deutsch-Polnische Konferenz „Oder-Neiße-Grenze: Vom Trennenden zum Verbindenden“ statt.

Bereits vor 20 Jahren wurde die Zusammenarbeit auf Regierungsebene durch den Einsatz der Deutsch-Polnischen Regierungskommission und ihrer Ausschüsse auf Basis des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages formalisiert. Berlin und Brandenburg sind aktiv beteiligt. Beide Bundesländer unterstützten während der Tagung der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Regierungskommission am 23.09.2010 in Schwerin die Gründung eines Ausschusses für Bildungszusammenarbeit. Dieser beschäftigt sich u. a. mit der Förderung der Sprache des Partnerlandes, mit der Unterstützung des schulischen sowie außerschulischen Jugendaustausches und der gegenseitigen Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen (letzteres speziell auch mit Blick auf vollständige Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit seit Mai 2011).

Für das Jahr 2012 wird in Vorbereitung auf die Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine - unter Nutzung von EU-Programmen - eine intensive Zusammenarbeit im polizeilichen Bereich forciert: Die Brandenburgische Fachhochschule der Polizei hat mit der polnischen Polizeischule in Słupsk eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Die interregionale und grenzüberschreitende Kooperation im Rahmen der Oder-Partnerschaft wurde in den vergangenen drei Jahren ausgebaut und weiter vertieft. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Verkehr, Wirtschaft und Wissenschaft/Forschung.

2.1 Verkehr

Auf Einladung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg fand am 13.01.2010 in Potsdam ein Spitzentreffen der Oder-Partnerschaft zu den Problemen des deutsch-polnischen Verkehrs statt, an dem auch der Regierende Bürgermeister von Berlin und Vertreterinnen und Vertreter aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, den benachbarten vier Wojewodschaften, der polnischen Nationalregierung sowie der Bundesregierung teilnahmen. In der Folge wurde mit Unterstützung des deutsch-polnischen Raumordnungsausschusses bis zum Herbst 2010 eine Karte zur „Entwicklung der überregionalen Verkehrsinfrastruktur der Oder-Partnerschaft“ erstellt. In dieser Karte sind erstmals alle überregionalen Maßnahmen und Vorschläge zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur nach dem Umsetzungsstand und nach dem Maß der Abstimmung differenziert dargestellt.

Auch der Ausschuss für grenznahe Zusammenarbeit der Deutsch-Polnischen Regierungskommission sowie die Regierungskommission selbst stellten bei der Tagung vom 23.09.2010 den dringlichen Bedarf für eine Verbesserung der Eisenbahnverbindungen fest. Insbesondere die Eisenbahnstrecken Stettin-Berlin, Gorzów Wlkp.-Küstrin-Berlin, die Elektrifizierung des Bahnhofes Görlitz, der Bau der Eisenbahnbrücke in Horka und die Ertüchtigung der Strecke Horka-Hoyerswerda-Cottbus wurden hervorgehoben. Hohe Bedeutung wird außerdem der Modernisierung der Eisenbahnstrecke Berlin-Forst-Żary-Żagań-Breslau beigemessen.

Es wurde darüber hinaus verabredet, dass die operativen Arbeiten des Runden Tisches Verkehr zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen fortgesetzt werden sollen. Dies geschieht seit Anfang 2011 unter der Koordinierung des Verkehrsverbundes Berlin Brandenburg (VBB). Treffen des Runden Tisches Verkehr fanden im Mai 2011 in Posen sowie im Dezember in Berlin statt. Im Rahmen einer deutsch-polnischen Konferenz am 02.09.2011 in Berlin stellte der VBB ferner das „Bündnis zum Ausbau grenzüberschreitender Eisenbahnverkehre Westpolen-Ostdeutschland im Rahmen der Oder-Partnerschaft“ vor.

2.2 Wirtschaft

Die Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg ist u. a. darauf ausgerichtet, die definierten gemeinsamen Zukunftsfelder in Richtung Polen weiter zu entwickeln. Unter Beteiligung von Berlin und Brandenburg sowie der vier westpolnischen Wojewodschaften wurden regelmäßig Netzwerktreffen Wirtschaft durchgeführt.

Ein weiteres Instrument der Zusammenarbeit mit Polen stellt das von EU und den beiden Wirtschaftsressorts geförderte Berlin-Brandenburg Konsortium im Rahmen des Enterprise Europe Network zur Unterstützung von Unternehmen und Innovation dar, das sich an der Organisation verschiedener Veranstaltungen in Polen bzw. mit speziellem Bezug zu Polen beteiligt. Für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Polen in der Außenwirtschaft können auch die gemeinsame Planung und Abstimmung der Messeaktivitäten sowie Messeauftritte von Brandenburg und Berlin auf Internationalen Messen in Polen, z.B. der ITM (Innovationen-Technologien-Maschinen) sowie POLEKO, genannt werden.

Die IHK Cottbus und die IHK Berlin sind Mitglied der Kammerunion Elbe Oder. Hier arbeiten seit April 2000 knapp 30 Industrie- und Handelskammern aus Deutschland, Polen und Tschechien zusammen. Der Schwerpunkt der Kammerunion liegt in der Vertretung der gemeinsamen länderübergreifenden Interessen der Wirtschaft in der grenzüberschreitenden Wirtschaftsregion um Elbe und Oder auf nationaler und internationaler Ebene. Der inhaltliche Schwerpunkt der Arbeit liegt in den Bereichen Verkehr, Umwelt und EU.

Seit Januar 2010 ist eine gemeinsame Internet-Präsentation der Oder-Partnerschaft sowohl in polnischer als auch in deutscher Sprache aufrufbar. Seit Mai 2009 gibt die Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen vierteljährlich einen Newsletter der Oder-Partnerschaft heraus.

Die Tourismusmarketinggesellschaften aller acht Regionen der Oder-Partnerschaft entwickeln derzeit Tourismusprodukte, um die Region gemeinsam auf Drittmärkten in den USA und Russland zu vermarkten.

2.3 Wissenschaft

Auf dem Spitzentreffen der Oder-Partnerschaft am 27.10.2010 in Stettin mit dem Themenschwerpunkt Wissenschaft und Forschung wurde eine „Erklärung der Hochschulen im Gebiet der Oder-Partnerschaft zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und Forschung“ verabschiedet. Brandenburg wird durch Anschubfinanzierung einer neuen Polonistik-Proessur die Einrichtung eines neuen „Kompetenzzentrums für interdisziplinäre Polenstudien“ unterstützen. Vereinbart wurde auch die Förderung des Kooperationsnetzes zwischen Partnern des Hochschulwesens und der öffentlichen Einrichtungen. U. a. durch Stärkung des Marketings von Städten und Regionen soll die Entwicklung eines innovativen und kreativen Forschungsraums auf beiden Seiten der Oder gefördert werden. Zu den vier Schwerpunkten der Zusammenarbeit im Rahmen der Oder-Partnerschaft „Energie“, „Ernährung“, „IKT/Medien“ und „Nanotechnologie“ sind 2010 bereits die ersten Workshops von Hochschuleinrichtungen gemeinsam durchgeführt worden.

3. Sonstige Zusammenarbeit auf EU-Ebene

Auch das Büro des Landes Berlin bei der EU und die Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU haben im Berichtszeitraum an die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Vorjahre angeknüpft und diese weiter ausgebaut. Ergänzend zu den bereits beschriebenen Projekten und Aktivitäten standen folgende Kooperationen im Mittelpunkt:

- Organisation des Dialogforums "Energietechnologien" (12./13.10.2010) in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, dem Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, der Technologiestiftung Berlin GmbH und der Zukunfts-Agentur Brandenburg GmbH. Dialogforen ermöglichen im Vorfeld von Ausschreibungen des Forschungsrahmenprogramms der EU den direkten Austausch zwischen Forschungseinrichtungen und kleinen und mittleren Unternehmen aus der Hauptstadtregion und hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus der EU-Kommission). In Mai 2012 wird sich das Cluster Gesundheitswirtschaft im Rahmen des Dialogforums präsentieren.

- Expertendialog "Optische Technologien" (29.06.2011) mit Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus Berlin und Brandenburg. (als Nachfolgeveranstaltung zum gemeinsamen "Dialogforum Optische Technologien" vom Mai 2009). Initiiert wurde die Veranstaltung durch die Wista Berlin-Adlershof sowie das Optiknetzwerk Berlin-Brandenburg.

- gemeinsamer Vorsitz im Arbeitskreis "Regionalpolitik" der deutschen Länderbüros in Brüssel

- gemeinsame Teilnahme an der Arbeitsgruppe "EU-Kohäsionspolitik nach 2013"

- gemeinsame Präsentation der Hauptstadtregion im Rahmen der "Open Days" in Brüssel (Veranstaltungsreihe der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission mit Ausschuss der Regionen) und gemeinsame Interessenvertretung im informellen Netzwerk "Hauptstädte und Hauptstadtregionen"

- enge Abstimmung in Fragen des Interreg-Programms der EU (territoriale Zusammenarbeit) und in Verbindung mit den Wirtschaftsverwaltungen beider Länder Organisation von Informationsveranstaltungen für potentielle Antragstellerinnen und Antragsteller

- Organisation einer Informationsveranstaltung für die belgische Tourismuswirtschaft über die touristischen Potenziale der Hauptstadtregion in Zusammenarbeit mit Berlin Tourismus Marketing, der Tourismus-Marketing-Brandenburg GmbH und der Deutschen Zentrale für Tourismus (09.11.2010).

VII. Bauwesen

Von verschiedenen Akteurinnen und Akteuren, insbesondere Planerinnen, Planern und Wohnungsbauverbänden, wird immer wieder eine Vereinheitlichung des Bauordnungsrechts gefordert. Während sich die Berliner Bauordnung von 2005 weitgehend an der Musterbauordnung orientiert, weicht die Brandenburgische Bauordnung stärker davon ab.

Um eine weitere Angleichung auf den Weg zu bringen, fanden am 22.08. und am 05.09.2011 „Potsdamer Gespräche zur Harmonisierung des Bauordnungsrechts“ statt. Die Ergebnisse der Diskussion aus den „Potsdamer Gesprächen“ werden in Kürze in einem abschließenden Bericht mit entsprechenden Handlungsempfehlungen zu Harmonisierungsschritten zusammengefasst.

Die Obersten Bauaufsichtsbehörden beider Länder haben sich ferner darauf verständigt, das für die Anerkennung von Prüfsachverständigen für energetische Gebäudeplanung erforderliche Fachgutachten von einem gemeinsamen Prüfungsausschuss erstellen zu lassen. Dafür wurde der bei der Brandenburgischen Ingenieurkammer bereits existierende Prüfungsausschuss um Berliner Mitglieder erweitert.

VIII. Arbeit

1. Gemeinsame Fachkräftestudie und Aktivitäten zur Fachkräftesicherung

Die im Auftrag der Arbeitsressorts beider Länder von der prognos AG erarbeitete Fachkräftestudie für die Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg wurde im Februar 2010 veröffentlicht. Im Ergebnis wurde ein deutlich zunehmender Fachkräftebedarf ermittelt. Bis zum Jahr 2015 werden der Region, wenn nicht gegengesteuert wird, etwa 273.000 Fachkräfte fehlen. Für das Jahr 2020 wird die Lücke auf 362.000 und für 2030 auf bis zu 460.000 Fachkräfte beziffert. Darüber hinaus enthält die Studie umfassende Handlungsempfehlungen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Diese wurden u. a. in der Fachtagung „Chancen und Handlungsansätze“ vorgestellt und mit den Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Bildung und Politik sowie den Sozialpartnern und Interessenvertretungen der Region Berlin-Brandenburg diskutiert.

Ansätze zur Gegensteuerung werden u. a. darin gesehen, die unfreiwillige Teilzeittätigkeit vieler Frauen in vollzeitnahe oder Vollzeitbeschäftigung umzuwandeln sowie Arbeitsmodelle zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie anzubieten. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie umfasst dabei sowohl die Betreuung von Kindern als auch die Pflege von Angehörigen. Dies würde die Standortqualität der gemeinsamen Region für junge Fachkräfte und ihre Familien erheblich verbessern bzw. festigen.

Im Juni 2011 haben die Gremien zur Fachkräftesicherung beider Länder, der Berliner Lenkungskreis zur Fachkräftesicherung und das Brandenburger Bündnis Fachkräftesicherung, erstmals zusammen getagt. Diese gemeinsamen Sitzungen sollen zukünftig einmal jährlich

stattfinden. Sie dienen dem Austausch von Informationen zu Maßnahmen und Projekten der Fachkräftesicherung und der Ermittlung gemeinsamer Handlungsmöglichkeiten. Im Fokus steht zudem die Synchronisierung der Aktivitäten in Berlin und Brandenburg mit den Bundesmaßnahmen zur Fachkräftesicherung.

Beide Länder haben im Übrigen mit ihren Vergabegesetzen Zeichen gesetzt, im Bereich des öffentlichen Auftragswesens verbindliche und angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen.

2. Weiterbildungsdatenbank Berlin-Brandenburg

Die Verknüpfung der Weiterbildungsdatenbanken beider Länder mit Hilfe eines gemeinsamen Suchportals ist ein Kooperationsvorhaben zwischen der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und dem Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie. Sie spiegelt das Zusammenwachsen des Arbeitsmarktes wider. Die Weiterbildungsdatenbanken informieren umfassend über Angebote der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung. Arbeitssuchende, Beschäftigte und Unternehmen mit Qualifizierungsbedarf können online unter www.wdb-suchportal.de nach entsprechenden Bildungsanbietern und ihren Angeboten recherchieren. Im Jahr 2010 wurde das gemeinsame Suchportal inhaltliche weiterentwickelt und kundenfreundlicher gestaltet. Über die Suche in den Branchen-Kompetenzfeldern hinaus gibt es zusätzlich die Möglichkeit, sich über Weiterbildungsangebote in den beruflichen Zukunftsfeldern der Hauptstadtregion zu informieren. Mit dem E-Mail-Benachrichtigungsservice des 'Suchagenten' werden Abonentinnen und Abonnenten über neue Bildungsangebote informiert. 2010 stieg die Zahl der Besucherinnen und Besucher im Suchportal um 50% auf 154.306.

3. Arbeitsschutz

Auf der Basis der im Jahr 2005 abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung stimmen sich die Arbeitsschutzverwaltungen Berlins und Brandenburgs zu wesentlichen, den Arbeitsschutz und die technische Sicherheit betreffenden Angelegenheiten regelmäßig ab. Hierzu finden nach Bedarf Informations- und Abstimmungsgespräche der obersten Arbeitsschutzbehörden sowie der Landesämter statt. Seit dem Jahr 2009 werden die Arbeitsprogramme der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie von beiden Ländern mit den regional tätigen Unfallversicherungsträgern umgesetzt und die einzubringenden Ressourcen in Umsetzungsvereinbarungen abgestimmt. Zurzeit laufen Arbeitsprogramme zur Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Zeitarbeit, bei Bau- und Montagearbeiten, beim Transport, bei Arbeiten im Büro und bei der Pflege. Zur fachlichen Umsetzung der Programme in den Betrieben wurden im Herbst 2010 und Ende 2011 Erfahrungsaustausche der Aufsichtskräfte beider Länder unter Beteiligung der Unfallversicherungsträger durchgeführt.

IX. Gemeinsame Bildungsregion

1. Bericht „Bildung in Berlin-Brandenburg“

Mit dem Bildungsbericht Berlin-Brandenburg 2010 wurde der inzwischen zweite vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und dem Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg e.V. veröffentlichte indikatorengestützte Bildungsbericht vorgelegt (<http://www.bildungsbericht-berlin-brandenburg.de/home.htm>), der als regionales Pendant zum nationalen Bildungsbericht betrachtet werden kann.

Der Bericht präsentiert eine problemorientierte Analyse der Bildungssituation in der Region. So werden beispielsweise in den Bereichen Betreuung und Erziehung im vorschulischen Bereich folgende Entwicklungen näher dokumentiert:

- steigende Betreuungsanteile auf bereits erreichtem hohen Niveau, aber weiterhin Nachholbedarf in der Qualifizierung des Personals
- hohe und seit 2006 flächendeckend gestiegene Betreuungsanteile bei den Kindern unter drei Jahren
- Nachholbedarf beim Qualifikationsniveau der Tagesmütter und -väter trotz Verbesserung seit 2006
- unverändert niedriges Niveau des Akademisierungsgrades des pädagogischen Personals in den Kindertageseinrichtungen
- Sprachförderbedarf zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung, vor allem bei Kindern mit Migrationshintergrund.

2. Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg e.V.

Das Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg (ISQ) ist ein wissenschaftlich ausgerichtetes Serviceinstitut für die Schulen, die Schulverwaltungen und die Bildungspolitik beider Länder; es arbeitet als An-Institut auf dem Campus der Freien Universität Berlin. Zu den zentralen Arbeitsbereichen des Instituts gehören

- Vergleichs- und Prüfungsarbeiten: Durchführung und Auswertung von zentralen Prüfungsarbeiten in Berlin und Brandenburg sowie der bundesweiten Vergleichsarbeiten auf der dritten und achten Jahrgangsstufe (VERA 3 und VERA 8)
- externe Evaluation: Unterstützung der Berliner Schulinspektion und der Brandenburger Schulvisitation durch Befragungen von Lehrkräften, Eltern, Schülerinnen und Schülern vor Inspektionen/Visitationen sowie der Auswertung von Ergebnissen
- interne Evaluation: Weiterentwicklung und Pflege eines Selbstevaluationsportals, d.h. einer Online-Plattform, die interessierten Lehrkräften Fragebogenmodule für eine internetbasierte Befragung ihrer Schülerinnen und Schüler bereitstellt, die Befragung organisiert und eine Auswertung automatisch generiert. (Es haben bereits ca. 40.000 Schülerinnen und Schüler ihren Lehrkräften mit dem Selbstevaluationsportal eine Rückmeldung zur Unterrichtsqualität gegeben.)

Ein besonderes Anliegen des Instituts ist es, die Schulen in Berlin und Brandenburg bei einer datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung zu unterstützen. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die Rückmeldungen, die die Schulen zu ihren Ergebnissen in den Vergleichs- und Prüfungsarbeiten erhalten und die möglichst nutzerfreundlich und aussagekräftig zu gestalten sind.

Nach dem Wechsel des bisherigen Geschäftsführers und wissenschaftlichen Leiters zum 01.06.2010 an die Humboldt-Universität zu Berlin wurde zwischen dem ISQ und der FU Berlin ein Vertrag zur Einrichtung einer gemeinsamen W 3 Sonderprofessur geschlossen. In diesem Vertrag werden die Konditionen geregelt, unter denen die FU mit Zustimmung des ISQ-Vorstandes eine auf fünf Jahre befristete Sonderprofessur einrichtet und der Stelleninhaber oder dem Stelleninhaber die Leitung des ISQ überträgt. Gleichzeitig wird in einer ergänzenden Vereinbarung festgelegt, dass die FU für diesen Zeitraum auf eine ortsübliche Miete zuzüglich der Bewirtschaftungskosten für die Arbeitsräume des ISQ verzichtet. Damit stehen dem ISQ innerhalb der Gesamtzuwendung der Länder ab dem 01.01.2011 mehr Mittel für die Kernaufgaben zur Verfügung.

3. Bildungsserver Berlin-Brandenburg

Seit dem 14.01.2009 ist der Bildungsserver Berlin-Brandenburg (bbb) als eine Informations-, Kommunikations- und Kooperationsplattform für schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen in Berlin und im Land Brandenburg verfügbar. Im Jahr 2011 fanden zwei Informationstage für pädagogische Fachkräfte von Schulen und Jugendeinrichtungen zum Thema „Cyber-Mobbing“ statt. Auf der Jugendmesse YOU werden Angebote für Lehrkräfte

sowie Schülerinnen und Schüler in Kooperation mit dem bbb und dem Berliner Jugendserver „jugendnetz-berlin.de“ unterstützt.

4. Gemeinsames Zentralabitur

Brandenburg und Berlin führen das Zentralabitur seit dem Schuljahr 2009/2010 in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch gemeinsam durch. Für diese vier Fächer wurden gemeinsame Entwicklergruppen berufen und beauftragt. Die Zuständigkeiten in den Bildungsverwaltungen und im Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg sind festgelegt. Curriculare Grundlage für die gemeinsamen Abiturprüfungen sind die Rahmenlehrpläne für die gymnasiale Oberstufe, die in einem gemeinsamen Projekt der Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet worden waren.

Ab dem Schuljahr 2011/12 finden auch die schriftlichen Prüfungen zum Mittleren Schulabschluss am Ende der Jahrgangsstufe 10 in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch (hier nur der Teilbereich Hörverstehen) gemeinsam statt. Im Schuljahr 2010/11 wurde bereits erstmalig das Fach Mathematik gemeinsam geprüft. Damit wird die erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich der zentralen Prüfungen weiter ausgebaut und die Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse auf eine noch breitere Basis gestellt.

X. Gemeinsame Wissenschaftsregion

Zur Harmonisierung der hochschulrechtlichen Regelungen der Länder Berlin und Brandenburg leistete das Berliner „Gesetz zur Modernisierung des Hochschulzugangs und zur Qualitätssicherung von Studium und Prüfung“ vom 20.05.2011 einen weiteren Beitrag.

Bereits im Vorfeld der Gesetzesinitiative fanden intensive Gespräche der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit dem Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg statt, um mögliche gemeinsame Regelungsinhalte in den Gesetzen beider Bundesländer auszuloten. Als Ergebnis dieser Abstimmung wurden das Berliner Hochschulgesetz in einigen Bereichen (z.B. Regelungen zur Qualitätssicherung und Akkreditierung sowie zum Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium) inhaltlich den gesetzlichen Regelungen im Land Brandenburg angeglichen. Im Zulassungsrecht wurde dem gemeinsamen Hochschulraum dadurch Rechnung getragen, dass Minderjährige aus Berlin und Brandenburg Erleichterungen bei der Bewerbung um einen Studienplatz an Berliner Hochschulen erhalten können.

Mit dem Ziel des Ausbaus der interdisziplinären Vernetzung arbeiten die drei Berliner Universitäten (FU, HU und TU) gemeinsam mit der Universität Potsdam, dem Abraham-Geiger-Kolleg, dem Moses Mendelssohn Zentrum (beide Potsdam) sowie der Stiftung Neue Synagoge-Centrum Judaicum (Berlin) an der Gründung eines Zentrums für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg. Das Konzept folgt hierzu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom Frühjahr 2010 zur „Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen“ und bezieht dabei nicht nur die bestehenden Angebote in Lehre und Forschung, sondern auch das vielfältige jüdische Leben in der Region Berlin/Brandenburg ein. Damit sollen die Kompetenzen auf dem Feld der jüdischen Studien in der Region Berlin-Brandenburg gebündelt und weiterentwickelt werden.

Der Zweite Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften vom 06./15.04.2011 ermöglicht es der Akademie, ihre Aufgaben als modern verfasste Gelehrtenengesellschaft in verbesserter Art und Weise zu erfüllen. Nach einer mehrjährigen erfolgreichen Erprobungsphase werden mit dem Staatsvertrag reformierte Regelungen zu den zentralen Bereichen Gremien- und Arbeitsstrukturen sowie für die Installierung eines neuen Vorschlags- und Zuwahlverfahrens festgeschrieben. Darüber hinaus erfolgen vor dem Hintergrund der Entwicklung der Akademien-

landschaft in Deutschland zugleich eine Präzisierung der Aufgaben der Akademie und eine deutliche Erweiterung ihrer Regelungsautonomie.

Die regelmäßigen Kontakte auf Leitungs- und Arbeitsebene wurden intensiviert und sichern weiterhin den kontinuierlichen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Abstimmung in überregionalen Fragestellungen. Zwei Strukturkommissionen, die derzeit Empfehlungen zur zukünftigen Ausrichtung der Brandenburger Hochschullandschaft erarbeiten, sind auch mit Expertinnen und Experten aus Berlin besetzt.

Mit gemeinsamen Aktivitäten soll der Unterversorgung mit Ärztinnen und Ärzten in Brandenburg entgegen gewirkt werden. Dazu wurde erstmals im Herbst 2010 eine Informationsveranstaltung für Studierende an der Charité-Universitätsmedizin Berlin ausgerichtet, in der sich die Brandenburger akademischen Lehrkrankenhäuser präsentierten. Ziel der Kooperation ist es, mehr angehende Medizinerinnen und Mediziner für eine Tätigkeit in Brandenburg zu interessieren. Dabei bieten die akademischen Lehrkrankenhäuser angehenden Ärztinnen und Ärzten die Möglichkeit, im Praktischen Jahr der Ausbildung Brandenburger Einrichtungen kennenzulernen. Die Veranstaltung wird zweimal jährlich, jeweils zu Semesterbeginn, unter Beteiligung des brandenburgischen Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und des Vorsitzenden der Brandenburger Landeskrankengesellschaft durchgeführt.

Die Zusammenarbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen beider Länder hat weitere Erfolge gezeitigt. Dies gilt beispielsweise für Kooperationen in Sonderforschungsbereichen und im Rahmen des laufenden Wettbewerbs zur 2. Programmphase der Exzellenzinitiative (Teilnahme sowohl von Fortsetzungs- als auch Neuanträgen mit Berlin-Brandenburger Kooperationen an der Endrunde). Ein ebenfalls auf einer Berlin-Brandenburger Forschungsk Kooperation beruhender Antrag (Federführung FU Berlin) wurde zudem als einer von vier Kandidaturen für die Endrunde des DFG-Wettbewerbs zur Einrichtung eines Forschungszentrums für Integrative Biodiversitätsforschung ausgewählt. An dem Antrag beteiligt sind insbesondere die Universität Potsdam sowie auch die Technische Universität Berlin, die Humboldt-Universität Berlin, das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei, das Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung, das Museum für Naturkunde-Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung an der Humboldt-Universität, das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung.

Ausdruck der erfolgreichen Zusammenarbeit Berliner und Brandenburger Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sind außerdem das 2010 erfolgreich international evaluierte "Berlin-Brandenburg Zentrum für regenerative Therapien" (BCRT) sowie die im Rahmen der Exzellenzinitiative geförderte Graduiertenschule "Berlin-Brandenburg School for Regenerative Therapies". Beide Einrichtungen werden von der Erweiterung des Biomedizinischen Zentrums in Teltow profitieren. Der zweite Bauabschnitt mit rund 2.000 m² Nutzfläche wird Ende 2011 fertig sein.

Im Bereich der Klimaforschung ist neben den bestehenden Kooperationen im Rahmen der „Klimaplattform“ und des Innovationsnetzwerks Klimaanpassung Brandenburg Berlin der europäische Zuschlag für ein Konsortium unter deutscher Federführung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) unter dem Dach des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (European Institute of Innovation and Technology) zu nennen. Geplant ist der Aufbau eines europäischen Klima-Innovationszentrums („Climate-KIC“ - KIC = Knowledge and Innovation Communities). Es soll Wirtschaft und Wissenschaft in gemeinsamen Strukturen zusammenbringen, um Innovationsprozesse zu beschleunigen. Die Aktivitäten des Climate-KIC werden von sog. Co-location Centres koordiniert. Core-Partner des PIK ist u. a. die Technische Universität Berlin. Mit dem Co-location Center ist eine Plattform für den lösungsorientierten Dialog zwischen Wissenschaft und Industrie entstanden, der eine Vielzahl weiterer gemeinsamer Aktivitäten auslöst, die aus dem KIC entstehen. Die Hauptstadt-

region Berlin-Brandenburg ist damit auf der europäischen Landkarte der Klimainnovation sichtbar vertreten.

Als weitere beispielgebende Forschungsk Kooperationen zu nennen sind der Potsdamer Forschungs- und Technologieverbund zu Naturgefahren, Klimawandel und Nachhaltigkeit (Potsdam Research Cluster for Georisk Analysis, Environmental Change and SustainabilityPROGRESS) unter Federführung der Universität Potsdam. PROGRESS bündelt transdisziplinär die in der Hauptstadtregion vorhandene, international anerkannte Fachexpertise in den Bereichen Erdbeobachtungstechnologien, Gefährdungs- und Risikoforschung, Geoinformatik, Medien und Visualisierung, Frühwarnsysteme sowie institutionelles Informationsmanagement und Politikberatung. Mit dem Projekt „Taschentuchlabor“ (Impulszentrum für integrierte Bioanalytik) unter Leitung des Potsdamer Teils des Instituts für Biomedizinische Technik der Fraunhofer-Gesellschaft (Projektpartner sind die Universität Potsdam, das Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung und die Charité-Universitätsmedizin Berlin) wird eine neue Generation der Bioanalytik erforscht, die unmittelbar und vor Ort eine schnelle unkomplizierte Diagnose ermöglichen soll.

XI. Gesundheit, Verbraucher- und Umweltschutz

1. Verbraucher- und Gesundheitsschutz

Das zum 01.01.2009 gebildete Landeslabor Berlin-Brandenburg als gemeinsame Anstalt des öffentlichen Rechts ist insbesondere präventiv tätig und stellt durch ein umfangreiches Spektrum an Routineuntersuchungen ein hohes Niveau im gesundheitlichen Verbraucher- und Umweltschutz in Berlin und Brandenburg sicher. Seit seiner Gründung hat sich das gemeinsame Labor durch Bündelung der vorhandenen Kapazitäten den amtlichen Laboraufgaben auf den Gebieten des Verbraucherschutzes, Gesundheitsschutzes, Umweltschutzes, der Landwirtschaft und Geologie gewachsen gezeigt und sich bewährt.

Ein Beispiel hierfür ist die Arbeit des gemeinsamen Dioxin-Labors beim Dioxin-Skandal Anfang 2011. Auch molekular-biologische Untersuchungen für Erreger von Tierseuchen und Zoonosen konnten deutlich erweitert werden. Fachliche Synergieeffekte der Laborfusion, die zu einer Verbesserung des Vollzuges in beiden Ländern führten, zeigten sich außerdem bei der Bewältigung der EHEC-Krise.

2. Integrativer Umweltschutz: Neues Strategiepapier zur Beherrschung bergbaubedingter Stoffbelastungen in Oberflächengewässern

Zur Beherrschung bergbaubedingter Stoffeinträge in Oberflächengewässer wurde in Zusammenarbeit zwischen der Vattenfall Europe Mining AG, der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, dem Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg ein Strategiepapier erarbeitet, das Maßnahmen zur Begrenzung der Stoffbelastungen der Vorfluter auf ein nutzungsorientiertes noch tolerierbares Maß benennt. Diese Maßnahmen werden in einem jährlich zu aktualisierenden Arbeitsprogramm neu gefasst und durch die länderübergreifende Arbeitsgruppe „Flussgebietsbewirtschaftung Spree, Schwarze Elster“ bestätigt.

3. Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie im Havelraum/Abwassereinleitungen Berlins

Zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die 2015 in den zweiten Bewirtschaftungszeitraum eintreten wird, haben sich die Wasserwirtschaftsverwaltungen beider Länder auf die Entwicklung und Abstimmung einheitlicher und länderübergreifender Bewirtschaftungsziele verständigt. Damit ist eine gemeinsame Festlegung der an Klärwerksabläufe

zu stellenden Anforderungen zur Begrenzung der Anreicherung von Nährstoffen im Großraum Berlin verbunden. Die länderübergreifenden Bewirtschaftungsziele werden zukünftig die Grundlage abgestimmter Verwaltungsentscheidungen der jeweils zuständigen Behörden sein.

Im September 2011 wurde der erste Bericht des Gemeinsamen Handlungskonzeptes beider Länder zur Reduzierung der Nährstoffbelastungen im Großraum Berlin verabschiedet und veröffentlicht. Dieser erste Bericht enthält die zukünftigen Immissionsziele (anzustrebende Phosphor-Konzentrationen und Frachten im Gewässersystem). Es schließt sich die Erarbeitung und Abstimmung eines konkreten Handlungskonzeptes unter Beteiligung der Maßnahmenträger und Information der Öffentlichkeit an. Dieser Prozess soll bis 2013 abgeschlossen sein.

XII. Inneres

1. Ausländer- und Asylrecht

Am 29.07.2010 traten abgestimmte Erlasse von Berlin und Brandenburg in Kraft, aufgrund derer Asylsuchende sowie Ausländerinnen und Ausländer mit einer Duldung in Berlin und Brandenburg deutlich mehr Freizügigkeit genießen. Bisher unterlagen sie einer räumlichen Beschränkung, die ihnen den Aufenthalt im benachbarten Bundesland verwehrte. Jetzt können die betroffenen Personen bei der für sie zuständigen Ausländerbehörde beantragen, dass sie sich auch im Nachbarbundesland dauerhaft frei bewegen können. Diese Dauererlaubnis berechtigt zum vorübergehenden Besuch, nicht aber zur Verlagerung des Wohnsitzes. Sie wird nur in Ausnahmefällen versagt, etwa bei verurteilten Straftäterinnen und Straftätern oder bei konkreter Missbrauchsgefahr (insbesondere wegen des Verdachts verfassungsfeindlicher Bestrebungen), aber auch bei Geduldeten, die das Abschiebungshindernis zu vertreten haben.

Betroffen von den Erlassen sind in Brandenburg etwa 1.500 Asylsuchende und 1.600 Geduldete, in Berlin ca. 2.850 Asylsuchende und etwa 6.200 Geduldete. Es handelt sich um die bundesweit bislang großzügigste Regelung für die Erteilung von Verlassensurlaubnissen. Insofern beschreiten Berlin und Brandenburg gemeinsam Neuland.

Nach der inzwischen erfolgten Änderung der bundesrechtlichen Vorschriften zur Residenzpflicht von Asylsuchenden streben Berlin und Brandenburg zugleich eine Regelung durch Rechtsverordnung an, nach der der Besuch im angrenzenden Bundesland allgemein erlaubt ist, ohne dass dazu erst eine gesonderte Erlaubnis beantragt werden müsste. Eine generelle Aufhebung der Residenzpflicht für Geduldete über die Landesgrenze hinaus lässt das Bundesrecht nicht zu.

2. Gemeinsame Ausbildung für den Polizeivollzugsdienst

Im Berichtszeitraum wurde die seit 1993 bestehende Kooperation in der Ausbildung des höheren Polizeivollzugsdienstes erfolgreich weitergeführt. Beide Länder bilden ihren Nachwuchs für den höheren Polizeivollzugsdienst gemeinsam im ersten Studienjahr im Rahmen des zweijährigen Masterstudienganges "Öffentliche Verwaltung - Polizeimanagement" an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg aus.

3. Kooperation bei der Ausstattung der Polizei mit Dienstbekleidung

Die Zusammenarbeit auf der Grundlage der im Januar 2011 geschlossenen Verwaltungsvereinbarung hat sich gut bewährt. Die Auswahl und die Bestellung der neuen Dienstkleidung erfolgt seither auch in Berlin „per Mausclick“. Die gemeinsame Nutzung der elektronischen Warenhaus-Plattform des Zentraldienstes der Polizei des Landes Brandenburg durch Bran-

denburger und Berliner Polizei ermöglicht Preisvorteile und Synergieeffekte bei der gesamten Beschaffungslogistik.

Perspektivisch soll die Zusammenarbeit auf Sonderbekleidung für Verkehrsdienste und Sondereinheiten ausgedehnt werden.

XIII. Justiz

1. Sicherungsverwahrung

Auf der Grundlage einer im April 2010 zwischen den Justizressorts getroffenen Vereinbarung hat eine länderübergreifende, interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Eckpunkte für den Vollzug der Sicherungsverwahrung" formuliert. Dieses sog. "Eckpunktepapier" wurde im Januar 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach Maßgabe der darin formulierten Grundsätze und Eckpunkte "zur Vollzugsgestaltung bei Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung" einerseits und "zur Unterbringung und Behandlung von Sicherungsverwahrten" andererseits wollen beide Länder differenzierte Konzeptionen entwickeln. Ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die Länder Berlin und Brandenburg künftig bei dem Vollzug der Maßregel der Sicherungsverwahrung kooperieren, ist noch nicht abschließend entschieden.

2. Justizvollzugsanstalt Heidering

Der Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Errichtung und den Betrieb der JVA Heidering - als Justizvollzugsanstalt des Landes Berlin auf dem Gebiet Brandenburgs - wurde am 25.08.2011 unterzeichnet. Nach der Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin und des Landtags Brandenburg ist er am 01.02.2012 in Kraft getreten.

Der Vorschlag aus Brandenburg, zugunsten einer Nutzung Brandenburger Haftplätze auf den Bau der Justizvollzugsanstalt zu verzichten, konnte von Berlin nicht aufgegriffen werden. Im August 2011 wurde das Richtfest für die neue Justizvollzugsanstalt gefeiert.

3. Justizvollzug: Gesetzgebung

Berlin und Brandenburg streben auch weiterhin einheitliche gesetzliche Grundlagen an und haben daher in einer aus zehn Ländern bestehenden Arbeitsgruppe nach der Erarbeitung von Entwürfen für Jugendstraf- und Untersuchungshaftvollzugsgesetze einen formal, inhaltlich und in der Begründung abgestimmten Mustergesetzentwurf eines Strafvollzugsgesetzes erarbeitet. Dieser ist Anfang September 2011 veröffentlicht worden und bildet die Grundlage für die weitere gesetzgeberische Tätigkeit in beiden Ländern.

4. Gemeinsamer Staatsschutzsenat der Länder Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt

Die Oberlandesgerichte im Bezirk des Sitzes der Landesregierung sind erstinstanzlich in den sogenannten Staatsschutzstrafsachen zuständig. Hierunter fallen insbesondere Verfahren wegen terroristischer Aktivitäten und wegen Straftaten mit terroristischem Hintergrund sowie Spionage oder Friedens-, Hoch- oder Landesverrat oder Embargo-Verstöße. Staatsschutzsachen sind relativ selten, die Verfahren können aber sehr aufwändig sein und starke Sicherungsmaßnahmen erfordern. Zudem stellen die Verfahren mitunter hohe Anforderungen an die richterliche Fachkompetenz und erfordern Spezialwissen über die Hintergründe von Terrorismus.

Mit dem am 01.04.2011 in Kraft getretenen Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt über die Übertragung der Zuständigkeit in Staatsschutzstrafsachen hat das Land Brandenburg seine Zuständigkeiten in Staatsschutzstrafsachen auf das Kammergericht Berlin übertragen, das für Verhandlungen mit hohem Sicherheitsbedarf über eine bewährte Infrastruktur verfügt, die nunmehr von den drei Ländern genutzt werden kann.

5. Richterrecht

Entsprechend der Absichtserklärung in Artikel 4 Absatz 1 Satz 2 des Staatsvertrages über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg haben beide Länder zwischenzeitlich ihre Richtergesetze weitgehend angeglichen. Sowohl das Abgeordnetenhaus von Berlin als auch der Landtag Brandenburg haben im Juni beziehungsweise Juli 2011 ein Gesetz zur Angleichung des Richterrechts in den Ländern Berlin und Brandenburg verabschiedet. Die Landesregierungen beschlossen im September 2011 zudem gleichlautende Wahlordnungen, die der Durchführung der (Neu-)Wahlen der Richter- und Staatsanwaltsvertretungen dienen.

6. Informationstechnologie

Die IT-Referate der Justizverwaltungen tauschen sich im Rahmen von halbjährlichen Status-treffen aus und stimmen sich bei landesübergreifenden informationstechnologischen Themen regelmäßig ab. Gemeinsames Ziel ist u. a., in beiden Ländern zukünftig dieselben Fachverfahren zu betreiben und insgesamt die Zahl der in der Justiz eingesetzten Fachverfahren erheblich zu reduzieren. Aufgrund dieser IT-strategischen Leitentscheidung wird in der ordentlichen Gerichtsbarkeit beider Länder dasselbe IT-Fachverfahren (forumSTAR) eingeführt werden. Ebenso haben sich beide Länder entschlossen, ihr gemeinsames Registerverfahren AUREG durch ein neues sowie bundeseinheitliches Fachverfahren abzulösen. Die Berliner Strafverfolgungsbehörden führen darüber hinaus zum Jahreswechsel das in Brandenburg bereits im Einsatz befindliche Fachverfahren MESTA ein. Bei der anstehenden Ablösung des in den Sozialgerichten derzeit noch eingesetzten IT-Fachverfahrens wird entsprechend vorgegangen. Als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wird mittelfristig die Zahl der in beiden Ländern eingesetzten großen Fachverfahren von aktuell acht auf nur noch drei bis vier reduziert werden können.

XIV. Kultur

1. Gedenkstätten

Ein Höhepunkt für die Gedenkstättenarbeit beider Länder im Jahr 2011 war die gemeinsame Auszeichnung von Gedenkstätten in Berlin und Brandenburg mit dem „Europäischen Kulturerbesiegel“, das erstmals an zwei von Deutschland initiierte Projekte - „Stätten der Reformation“ und „Eiserner Vorhang“ - vergeben wurde. In Berlin und Brandenburg wurden gemeinsam für das Netzwerk „Eiserner Vorhang“ die Gedenkstätte Berliner Mauer, das ehemalige Notaufnahmelager Marienfelde, das Schloss Cecilienhof, die Glienicker Brücke und die Villa Schöningen ausgezeichnet.

Das Europäische Kulturerbe-Siegel soll die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger Europas durch die gemeinsame europäische Identität und Geschichte verstärken und das Zugehörigkeitsgefühl zu einem gemeinsamen Kulturraum fördern. Es handelt sich hierbei um ein kulturtouristisches Projekt, durch das kulturelle Stätten von europäischem Rang ausgezeichnet und europaweit bekannt gemacht werden sollen.

Die Arbeitskreise der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten, der zeitgeschichtlichen Museen und der Opferverbände haben im Jahr 2011 das 7. „Forum zur zeitgeschichtlichen Bil-

„Stufenspezifische Angebote für Schülerinnen und Schüler in den Gedenkstätten“.

Realisiert von der Stiftung Berliner Mauer und gefördert durch die Länder Berlin und Brandenburg wurden bis zum 13.08.2011, dem 50. Jahrestag des Mauerbaus, an 29 Orten entlang der ehemaligen Grenze zwischen West-Berlin und dem Brandenburger Umland Stelen zur Erinnerung an die Menschen aufgestellt, die an der Mauer ihr Leben verloren haben. Mit den 29 Mauerstelen sollen 50 der insgesamt 136 Todesopfer „ein Gesicht bekommen“. Die Errichtung der Mauerstelen wurde ermöglicht durch die Ergebnisse des im Jahr 2009 vorgestellten Dokumentationsprojektes „Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989“, das vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und der Stiftung Berliner Mauer durchgeführt und vom Bund finanziert wurde.

2. Stiftung Preußische Schlösser und Gärten und UNESCO-Weltkulturerbe

Auf der Grundlage der am 18.08.2009 von den Trägern (Bund, Berlin und Brandenburg) geschlossenen Finanzierungsvereinbarung zum Abbau des Investitionsstaus bei der Bauunterhaltung über 155 Mio. € wird die Sanierung u. a. der Schlösser und Gärten Babelsberg und Charlottenburg fortgesetzt. Berlin beteiligt sich daran mit 24,5 Mio., Brandenburg mit 53 Mio. €. Mit den Preußischen Schlössern und Gärten in Potsdam und Berlin verfügen die Länder über eine gemeinsame Weltkulturerbestätte der UNESCO.

3. Kleistjahr

Aus Anlass seines 200. Todestages wird der in Frankfurt (Oder) geborene Dramatiker, Dichter, Erzähler und Publizist Heinrich von Kleist, der die letzten Schaffensjahre bis zu seinem Tod im Jahre 1811 in Berlin wirkte, im Rahmen des „Kleist-Jahres 2011“ bundesweit geehrt. Die Federführung für das nationale Veranstaltungskonzept liegt bei der Heinrich von Kleist-Gesellschaft, Berlin und dem Kleist-Museum, Frankfurt (Oder). Schwerpunkte der Veranstaltungen liegen in Frankfurt (Oder), wo das „Kleist-Jahr“ am 04.03.2011 mit einem Festakt vom Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin eröffnet wurde, und in Berlin, wo das „Kleist-Jahr“ am 21.11.2011 mit Lesungen und Reden an der Grabstätte am Kleinen Wannensee beendet wird.

4. Kunstarchiv Beeskow/Schloss Biesdorf

Das Kunstarchiv Beeskow, errichtet auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin, dokumentiert die bildende Kunst in der DDR. Das Amt für Bildung, Kultur und Sport im Landkreis Oder-Spree, das das Kunstarchiv Beeskow seit 2001 bewirtschaftet, hat mit dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2010 einen Kooperationsvertrag geschlossen. Dieser sieht entsprechend dem vom Bezirksamt beschlossenen Nutzungskonzept vor, dass nach der Wiederherstellung des Schlosses Biesdorf Kunstwerke aus der Sammlung des Kunstarchivs im Obergeschoss des Schlosses der Öffentlichkeit ausgestellt werden, die bislang nicht in größerem Umfang der Öffentlichkeit präsentiert werden konnten. Das Bauvorhaben und die Einrichtung der "Galerie Bilderstreit" sollen bis zum Jahr 2014 abgeschlossen sein.

5. THEO - Berlin-Brandenburgischer Preis für Junge Literatur

Zum vierten Mal hat der Schreibende Schüler e. V. in Kooperation mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels Berlin-Brandenburg den Nachwuchspreis „THEO - Berlin-Brandenburgischer Preis für Junge Literatur“ ausgeschrieben und im April 2011, zum Welttag des Buches, verliehen. Mehr als 500 Jugendliche und Schülerinnen und Schüler beteiligten sich an dem Wettbewerb, der 2011 unter dem Thema „kopfüber“ stand und unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin stattfand.